

Zukunftsforum Politik

Broschürenreihe
herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 45

Sevket Kücühüseyin

Türkische politische Organisationen in Deutschland

Sankt Augustin, August 2002

ISBN 3-933714-55-9

Redaktionelle Betreuung: Dr. Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff / Anita Schreiner

Inhalt

Vorwort	7
I. Einführung	9
II. Entstehung und Entwicklung der religiös-politischen Organisationen	12
III. Überblick über ausgewählte politische Organisationen	16
1 Religiös motivierte Organisationen	16
2 Türkisch-nationalistische Organisationen	31
3 Organisationen der politischen Mitte	35
4 Linksgerichtete Organisationen	39
5 Bundesweite Interessenvertretungen	41

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelei der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf zwei Seiten zusammengefasst.

6	Muslimische Spitzenverbände	44
7	Kurdische Organisationen	47
	Der Autor	51
	Anhang	
	Publikationen im Projekt Ausländerintegration und Zuwanderung	52

Download-Publikation

Der Text dieser Datei ist identisch mit der Druckversion der Veröffentlichung. Die Titelseite der Printausgabe beträgt 4 Seiten und wurde in der digitalen Version auf zwei Seiten zusammengefasst.

Vorwort

Seit langem ist die Integration der ausländischen Mitbürger, die dauerhaft und rechtmäßig in Deutschland leben, ein Schwerpunkt in der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Im Rahmen dieses Schwerpunkts haben zahlreiche Veranstaltungen stattgefunden und es wurden eine Reihe von Broschüren und Dokumentationen mit dem Ziel erstellt, einen Beitrag zur verbesserten Integration der Ausländer zu leisten. Eine Übersicht findet sich am Ende der Broschüre.

Die weitaus meisten der hier lebenden Bürger ausländischer Herkunft stammen aus der Türkei. Insgesamt liegt die Zahl der türkischstämmigen Bürger in Deutschland bei ca. 2,5 Millionen, wobei etwa 500.000 von ihnen die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen. 80 Prozent der türkischstämmigen Bürger leben schon länger als zehn Jahre in Deutschland und man muss davon ausgehen, dass die weit überwiegende Mehrheit von ihnen dauerhaft in Deutschland bleiben wird.

Seit Beginn der türkischen Arbeitsmigration vor 40 Jahren haben sich die türkischen Migranten eine Vielzahl von Organisationen geschaffen. Die Mehrzahl dieser Organisationen steht der deutschen Gesellschaft positiv gegenüber und verhält sich gesetzestreu. Teilweise wird sogar ausdrücklich das Ziel der besseren Integration verfolgt. Einige Organisationen zeichnen sich aber durch integrationshemmende Einstellungen und Handlungen aus bzw. haben offenbar Probleme mit der politischen und gesellschaftlichen Ordnung in Deutschland.

Für Außenstehende ist es sehr schwierig, einen Überblick über die türkischen Organisationen und ihre politische und inhaltliche Ausrichtung zu erhalten, ohne umfangreiche und langwierige Nachforschungen zu betreiben. Diese Broschüre verfolgt das Ziel, dem interessierten Leser diesen Überblick zu erleichtern. Dabei wird nicht der Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Die im Folgenden beschriebenen Organisationen sind relativ groß und überregional tätig; lokal tätige Organisationen konnten nicht berücksichtigt werden.

Bei der vorliegenden Broschüre handelt es sich um eine aktualisierte und erweiterte Fassung der Arbeit von Canan Atilgan aus dem Jahr 1999 (*Türkische politische Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland*), die ebenfalls durch die Konrad-Adenauer-Stiftung veröffentlicht worden war. Die Überarbeitung war nötig geworden, weil gerade bei den türkischen Organisationen ein schneller Wandel stattfindet und auch politische Neuausrichtungen nicht selten sind. Der Autor der Neubearbeitung ist Sevket Kücükhüseyin, der Politikwissenschaft, Islamwissenschaft und Vergleichende Religionswissenschaft studiert hat. Sevket

Kücükhüseyin gebührt ebenso wie der Autorin Canan Atilgan für die arbeitsintensiven Recherchen besonderer Dank.

Dr. Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff
Hauptabteilung Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft
Konrad-Adenauer-Stiftung

I. Einführung

Im Laufe der über vierzigjährigen Anwesenheit von türkischen Zuwanderern in Deutschland haben sich innerhalb ihrer ethnisch-kulturellen Kommunikationskreise eine Vielzahl von Organisationen gebildet, die von völlig unpolitischen Vereinen unterschiedlichster Zielsetzung bis hin zu Organisationen mit hauptsächlich politischen Ambitionen reichen. Diese haben das gesamte Spektrum der türkischen politischen Landschaft – von linksextremistischen über extrem-nationalistische bis zu extremistisch religiös-politischen Positionen – in die Bundesrepublik verpflanzt. Ihre genaue Zahl ist nicht ermittelbar. Schätzungen reden von mehreren Tausend. Ebenso schwierig ist eine präzise Angabe über den Anteil der türkischen Bevölkerung Deutschlands, der in diesen Vereinen organisiert ist oder von ihnen angesprochen wird. Dabei ist dieser Prozess der Bildung von Selbstorganisationen dynamisch und noch keineswegs abgeschlossen.

Die Mehrzahl der gesellschaftlichen Organisationen bilden Kulturzentren, Moscheevereinigungen oder funktionale Zusammenschlüsse, wie Unternehmer-, Studenten- und Elternvereine, die multifunktional agieren.¹

Eine präzise Trennung türkischer Organisationen nach Zielen, ideologischen Ausrichtungen oder Aktivitäten ist nicht möglich. Dies hängt in erster Linie mit der Tatsache zusammen, dass die Organisationen – unabhängig von ihrem politischen Standpunkt – auf die Bedingungen in beiden Ländern reagieren und Stellung beziehen, da türkische Migranten in Beziehung sowohl zum Herkunftsland als auch zum Aufenthaltsland stehen. So haben politische Organisationen, die ursprünglich rein herkunftslandorientierte Politik betrieben, mit der Erkenntnis des dauerhaften Verbleibs der türkischen Bevölkerungsgruppe in Deutschland, migrationsspezifische Aktionen entwickelt, entweder um die Herkunftsidentität zu erhalten und zu pflegen, die Integration der Migranten in die deutsche Gesellschaft zu erleichtern oder um die Interessen der Migranten in Deutschland – soziale, rechtliche und politische Gleichstellung – zu fördern.

Die Aktivitäten der überwiegenden Zahl der Dachorganisationen sind diasporapolitisch ausgerichtet, d. h. sie richten sich sowohl auf die deutsche Politik und Gesellschaft als auch auf Kontakte zu gesellschaftlichen oder staatlichen Akteuren in der Türkei. Es wird versucht, Einfluss auf die deutsche Politik und Öffentlichkeit zugunsten bzw. zuungunsten des Heimatlandes oder bestimmter politischer Konstellationen dort auszuüben. Die Politik in der Türkei wird Ge

¹ Vgl. Özcan, E., Die türkische Minderheit, in: Schmalz-Jacobsen/Hansen (Hrsg.), *Ethnische Minderheiten in Europa*, München 1995, S. 511-527, S. 525.

genstand versuchter Einflussnahme und Kritik oder es wird von türkischen staatlichen Stellen Unterstützung erwartet, wenn es um die Verbesserung der Lage der türkischen Migranten in Deutschland geht. Zugleich kann es zur Austragung politischer Konflikte kommen, die ihren Ursprung in der Türkei haben.

Organisationslandschaft

Die in Deutschland agierenden Organisationen umfassen ein vielfältiges politisches Spektrum. Das linksextremistische Potential ist in vielfältige Gruppen zersplittert. Zwar agieren diese in letzter Zeit wieder mit einer zunehmenden Intensität, haben dabei jedoch einen anhaltenden Mitgliederschwund zu verzeichnen.² Sowohl religiös-politische als auch türkische und kurdische nationalistische Organisationen dagegen erhalten weiterhin starken Zulauf.

Neben den links- bzw. rechtsgerichteten und islamistischen Vereinigungen und Dachorganisationen, die parallel zur Polarisierung und Ausdifferenzierung der politischen Parteien und Organisationen in der Türkei entstanden sind, haben sich aufgrund von migrationsspezifischen Umorientierungen³ Interessenorganisationen herausgebildet, die sich unter dem Sammelbegriff „türkische Gemeinden“ subsumieren lassen. Diese richten ihr Augenmerk hauptsächlich auf die Problematik der Einwanderung. Entsprechend ihres Selbstverständnisses als Vermittler zwischen der deutschen Mehrheitsgesellschaft und den türkischen Migranten sind ihre Aktivitäten an integrationspolitischen Zielen, wie die politisch-rechtliche Gleichstellung türkischer Migranten, orientiert.

Als eindrucksvoller Beweis des Willens, vor allem der zweiten Generation an einer aktiven Teilhabe am politischen Geschehen, ist in den neunziger Jahren eine neue Gattung von Organisationen entstanden, die sich innerhalb der politischen Parteien Deutschlands für eine Intensivierung der Integration der türkischstämmigen Bevölkerung einsetzen.

So wurden neben der FDP-nahen „Liberalen Türkisch-Deutschen Vereinigung e.V.“ (LTD) auch CDU-nahe Foren gegründet. In Berlin entstand die „Deutsch-Türkische Union“ (DTU), gefolgt vom „Deutsch-Türkischen Forum“ (DTF) in Nordrhein-Westfalen und von der „Deutsch-Türkischen Interessengemeinschaft“ (DTI) in Hamburg.

² Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2000, S. 184.

³ Vgl. Özcan, a.a.O., S. 313ff.

Im Folgenden soll die Entstehung und Entwicklung der religiös-politischen türkischen Organisationen nachgezeichnet werden. Anschließend werden die bedeutenden Dachverbände näher beschrieben, denn diese verfügen über maßgeblichen Einfluss auf die politische und integrationsrelevante Ausrichtung der in ihnen organisierten Moscheegemeinden.

Im Anschluss folgt eine kurze Darstellung türkischer Vereinigungen, die als Organisationen der politischen Mitte, bzw. als linksgerichtet eingeordnet werden können. Abschließend finden die beiden einflussreichsten kurdischen Organisationen, die auf bundesdeutschem Gebiet aktiv sind, Erwähnung.

II. Entstehung und Entwicklung der religiös-politischen Organisationen

Während in den siebziger und achtziger Jahren vor allem links- und rechtsorientierte Organisationen von sich reden machten, stehen heute die religiös-politischen Vereinigungen im Mittelpunkt der gesellschaftlichen Diskussion. Insbesondere die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ und der sogenannte „Kalifatsstaat“ (ICCB) sind als Protagonisten des extremistischen Islamismus ins Bewusstsein der Gesellschaft getreten. Nachdem der Kalifatsstaat, die dazugehörige Stiftung „Diener des Islam“ sowie die 19 Teilorganisationen mit insgesamt ca. 1.100 Mitgliedern durch ein Verbot des Innenministeriums am 12.12.2001 aufgelöst wurden, richtet sich das Hauptaugenmerk nun vor allem auf die Milli Görüs-Organisationen.

Daneben gibt es jedoch noch eine Vielzahl anderer Moscheegemeinden⁴, Schätzungen bewegen sich bei ca. 2.000, die sich in zunehmendem Maße nach ihren politischen Ausrichtungen zu Dachverbänden⁵ zusammenschlossen.

Bis Anfang der siebziger Jahre waren die türkisch-muslimischen Arbeitsmigranten in der Bundesrepublik in religiösen Fragen großen Schwierigkeiten ausgesetzt. Sie waren in dieser Hinsicht vollkommen auf sich allein gestellt, denn die Entstehung der islamischen Präsenz in Deutschland wurde von deutscher Seite ausschließlich aus einem ausländerpolitischen und nicht aus einem religiösen Blickwinkel betrachtet. Auf der anderen Seite trug der türkische Staat den religiösen und sozialen Bedürfnissen seiner Angehörigen im Ausland nicht in ausreichendem Maße Rechnung. Das lag selbstverständlich daran, dass zu Beginn der Migration niemand darauf gefasst war, dass der Islam eine dauerhafte Konstante im religiösen Kontext Deutschlands und keine nur vorübergehende Begleiterscheinung im Zusammenhang mit der zeitlich begrenzten Arbeitsmigration war.

⁴ Es spiegeln sich hier die verschiedensten „Erscheinungsformen des türkischen Islam von fundamentalistisch über konservativ bis modernistisch-säkular wider“, Feindt-Riggers/Steinbach, Islamische Organisationen in Deutschland, Hamburg 1997, S. 16.

⁵ Da muslimische Gemeinschaften nicht den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gemäß Art. 140 des Grundgesetzes erwerben können, wurde von den Organisationen fast ausschließlich die Rechtsform des eingetragenen Vereins (e.V.) nach dem deutschen Vereinsrecht gewählt. Dies geschah durchaus in der Berechnung, über diese Organisationsform in der Zukunft einen Körperschaftsstatus erreichen zu können. Wie sich die am 8. Dezember 2001 in Kraft getretene Streichung des Religionsprivilegs auswirken wird, bleibt abzuwarten.

So mussten die türkischen Muslime das Vakuum in der sozialen und religiösen Dimension ihres Lebens selbständig füllen.

Der Islam kennt im Gegensatz zum Christentum keine kirchlichen oder kirchenähnlichen Strukturen oder Organisationsformen. Der einzelne Muslim ist eingebettet in die „Umma“⁶, die Gemeinschaft aller Muslime, die durch das gemeinsame Bekenntnis, die Ausübung der religiösen Pflichten und die Beachtung der Ge- und Verbote des Islam geeint wird. Der Islam ist nicht nur jenseitiges Bekenntnis, sondern die herausragende und prägende Kraft im Leben des Individuums und der Gemeinschaft.⁷

Die meisten türkischen Arbeitsmigranten hatten eine traditionell geprägte Sozialisation und fanden sich in Deutschland in einer fremden Umwelt wieder, in der nicht nur ihre Wertmaßstäbe und sittlichen Normen nicht galten, sondern auch ihr Glaube sich nur sehr schwer praktizieren ließ. So entwickelte die erste Generation von Türken in Deutschland Anfang der siebziger Jahre in allen türkischen Siedlungsgebieten der Bundesrepublik eigene islamische Organisationsformen und -strukturen, die die Ausübung der Religion und die Weitergabe der Glaubensinhalte und traditionellen Werte an die zuziehende zweite Generation ermöglichen sollten.

Dieser Prozess der muslimischen Gemeindebildung steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der nach 1973 einsetzenden Familienzusammenführung. Versuchten die Muslime vor 1974 ihr religiöses Leben im Zusammenhang mit ihrer provisorischen Situation zu sehen, mussten aufgrund der Erziehung der nun zuziehenden Kinder Strukturen geschaffen werden, die eine generationenübergreifende Kontinuität in Fragen der Religion und Kultur gewährleisteten.

Die ersten Versuche der türkischen Arbeitsmigranten, einen Rahmen für ihre religiöse Aktivität (für das rituelle gemeinschaftliche Gebet) zu schaffen, bestanden darin, die entsprechenden Wohnheim- oder Firmenleitungen um geeignete Räumlichkeiten zu ersuchen. Angesichts der ungebrochenen Rückkehrorientierung, d. h. des angeblich vorübergehenden Charakters dieser Regelung, gaben sich die Migranten mit ihrem Zustand vorerst zufrieden. Der ab 1974 einsetzende Familiennachzug änderte die Situation grundlegend. Nicht nur, dass sich die Lebenswirklichkeit aus den geschlossenen Arbeiterheimen in, der deutschen Um

⁶ türk.: Ümmet

⁷ In vielen muslimischen Gesellschaften, besonders auch in der türkischen, können die islamischen Ge- und Verbote recht nachlässig beachtet werden. Entscheidend sind die Beachtung der gemeinsamen ethischen Normen und Werte, die allerdings oft nur islamisch legitimiert sind und teilweise vorislamisches Gedankengut, bzw. lokale Traditionen enthalten.

welt ausgesetzte Wohngebiete verlagerte, sondern auch die Erkenntnis, dass der Aufenthalt in Deutschland länger als geplant andauern würde, führte zu dem Wunsch, die provisorischen Gebetsräume zu verlassen und stattdessen über Räumlichkeiten zu verfügen, in denen nicht nur gebetet und der gemeinschaftliche Kontakt gepflegt, sondern auch die Unterweisung der Kinder in einem muslimischen Rahmen gewährleistet werden konnte. So kam es zur Bildung einer Vielzahl von Moscheegemeinden, die als eine Art „Zuhause in der Fremde“ fungierten. Die herausragende Bedeutung dieser Eigeninitiativen lag im Erhalt und in der Weitergabe der kulturellen und religiösen Werte der Herkunftsidentität an die nachfolgende Generation.⁸

Von einer theologisch fundierten und pädagogisch versierten Betreuung der Kinder konnte allerdings keine Rede sein. Vielmehr versuchten die Arbeitsmigranten zu Anfang, in Eigenregie die Kinder zu unterrichten. Allerdings stießen sie hier schnell an ihre Grenzen, da ihre vermittelbaren Kenntnisse oft nicht über das Lesen und Rezitieren des Koran und die Kenntnis des Gebetsritus hinausreichten.⁹ In diese Lücke stießen dann, „jenseits aller etablierten Glaubensstraditionen [...] religiöse und muslimisch-nationalistische Organisationen“¹⁰ und übernahmen in immer zunehmenderem Maße die religiöse Betreuung der türkischen Muslime. Zu diesen Organisationen muss gesagt werden, dass sie fast ausnahmslos in enger Verbindung zu politisch-extremistischen bzw. sektenartigen Gruppen in der Türkei standen, die die Bundesrepublik primär als ein Land betrachteten, in dem die in der Türkei verbotenen religiösen Aktivitäten und politischen Positionen ungehindert ausgeübt und propagiert werden konnten. In der Folge unterwanderten sie durch ihre Mitglieder und Sympathisanten sowie eine gezielte Ausnutzung der durch die Diaspora-Situation entstandenen kulturellen Verlustängste, geschickt die Moscheevereine. Hierbei profitierten sie sowohl von der in der Bundesrepublik geltenden Liberalität, gegen die sie allerdings intern heftigst polemisierten, als auch von dem Desinteresse des bundesdeutschen und türkischen Staates, sich der sozialen und religiösen Bedürfnisse der Türken in Deutschland anzunehmen.

⁸ Lajos, K., Familiäre Sozialisations-, soziale Integrations- und Identitätsprobleme ausländischer Kinder und Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland, in: ders. (Hrsg.), Die zweite und dritte Ausländergeneration, Opladen 1991, S. 47.

⁹ Vgl. Trautner, B., Türkische Muslime und islamische Organisationen, in: Faist, T. (Hrsg.), Transstaatliche Räume, Politik, Wirtschaft und Kultur in und zwischen Deutschland und der Türkei, Bielefeld 2000, S. 57-86, hier 69f.

¹⁰ Seibl-Erdt/Söhret, Nicht ganz hier und nicht mehr zu Hause, Münster u.a. 1999, S. 32.

Alle türkisch-religiösen Organisationen der siebziger und achtziger Jahre zeichneten sich durch eine ausschließliche Orientierung an der Türkei und den dortigen politischen Verhältnissen aus. Das heißt, dass zum einen der Schutz der türkisch-islamischen Identität, zum anderen aber die gezielte Einflussnahme zugunsten ihrer Mutterorganisationen im Heimatland im Vordergrund der Aktivitäten stand. Vor allem die sogenannten Korankurse, in denen die Kinder und Jugendlichen in den Grundlagen ihrer Religion unterwiesen werden sollten, wurden von ihnen gezielt dazu benutzt, ihre politisch-islamistische Ideologie zu vermitteln.¹¹ Eine Integration in die deutsche Umwelt wurde dabei grundweg abgelehnt, da dies nach Vorstellung der Organisationen zu einer Aufgabe der muslimischen Identität geführt hätte. So kam in den sogenannten Korankursen, neben der Unterweisung der Kinder in Koran und Gebet, auch der Abgrenzung zur deutschen Kultur eine große Rolle zu.

Allerdings kann „insbesondere nach der Rückkehrförderungsmaßnahme der Bundesregierung (1983 bis 1984) [...] eine Hinwendung zur aktiven Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens in der Bundesrepublik verzeichnet werden“.¹² Der Grund hierfür liegt in der Erkenntnis, dass sich der Lebensmittelpunkt unwiderruflich in Deutschland befindet und bedingt durch die hiesige Sozialisation der nachfolgenden Generationen eine spezifisch deutsch-türkische Gesellschaft entwickelt, die man nur durch gezielte Bezugnahmen auf ihre aktuelle Lebenswirklichkeit an sich binden kann.

¹¹ Hocker, R., Türkische Jugendliche im ideologischen Zugriff, in: Heitmeyer/Dollase, Die bedrängte Toleranz, Frankfurt/M. 1996, S. 426-449, hier S. 431.

¹² Sen, F., Die Folgen zunehmender Heterogenität der Minderheiten und der Generationsaufspaltung, in: Heitmeyer/Dollase, a.a.O., S. 261-270, hier S. 264.

III. Überblick über ausgewählte politische Organisationen

1 Religiös motivierte Organisationen

Diyanet Isleri Türk Islam Birliği (DITIB, Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.)

DITIB Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V.

Venloer Str. 160

50823 Köln

Tel.: 0221-579820

Fax: 0221-5158921

www.diyamet.org

Die DITIB ist die mit Abstand größte türkisch-islamische Organisation in Deutschland. Sie wurde am 5. Juli 1984 als Auslandsorganisation der staatlichen türkischen Anstalt für Religionsangelegenheiten – Diyanet Isleri Baskanligi (DIB)¹³ – mit der Zielsetzung gegründet, die Religion und die kulturellen Traditionen der in der Bundesrepublik lebenden türkischen Staatsbürger zu bewahren¹⁴ und den Einfluss islamistisch-extremistischer Organisationen zu beschränken. Seit 1985 befindet sich ihr Hauptsitz in Köln. Der Verband finanziert sich, neben Mitgliedsbeiträgen, durch einen vom türkischen Staat zur Verfügung gestellten Etat. Bundesweit sind in der DITIB über 776 Ortsvereine mit jeweils ca. 130 bis 150 eingetragenen Mitgliedern.¹⁵ Sie sind rechtlich eigenständig, haben aber der Zentrale in vielen Fällen ihren Grundbesitz übertragen¹⁶ und räumen ihr weitreichende Mitwirkungs- und Aufsichtsmöglichkeiten ein.

Unter Einbeziehung der Familienangehörigen der eingetragenen Mitglieder und der Anhänger werden schätzungsweise „die Hälfte aller türkischen Muslime allein von DITIB repräsentiert“.¹⁷

¹³ Die DITIB bestreitet offiziell eine Dependence der türkischen Religionsbehörde zu sein.

¹⁴ Vgl. Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion e.V., Rechenschaftsbericht 1996-1997-1998, 21.2.1999 (in türkischer Sprache), S. 2.

¹⁵ Ebd., S. 1.

¹⁶ Dies ist insofern von besonderer Bedeutung, als durch die Aneignung des Grundbesitzes der Moscheevereine, der DITIB ein effektives Kontrollinstrument bezüglich der Orientierung der Ortsvereine zur Verfügung steht.

¹⁷ Spuler-Stegemann, U., Muslime in Deutschland, Freiburg/B. 1998, S. 112.

Als Organisation des türkischen Staates vertritt die DITIB dessen laizistisches Islamverständnis. Ihrer Satzung gemäß hat die DITIB vielfältige Aufgaben. Dazu gehören die Betreuung, Aufklärung und Unterweisung der in Deutschland lebenden türkischen Muslime in allen religiösen Fragen, die Einrichtung und Unterhaltung von Gebets- und Unterrichtsstätten¹⁸ und die Ausbildung von Laienpredigern, ferner die Veranstaltung von sozialen und kulturellen Aktivitäten und Sprachkursen sowie die Durchführung von Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Bildung der türkischen Staatsangehörigen. Zu diesem Zweck fördert der Verband die Bildung von entsprechenden Zweigvereinen, die auf die jeweiligen Ortsvereine bezogen sind. Letztere werden von der Dachorganisation, insbesondere in religiösen, sozialen, kulturellen und gemeinnützigen Fragen, unterstützt und beaufsichtigt.

Der überwiegende Teil der DITIB-Vereine ist älter als der Dachverband. Gründe für die Angliederung waren zum einen das durch die DIB vertretene Islamverständnis, zum anderen aber auch die starke Staatsorientiertheit der türkischen Migranten in Deutschland. Weitere Attraktivität gewann die DITIB durch die Entsendung von hauptamtlichen Vorbetern aus der Türkei, die als Staatsbedienstete für die Dauer von ca. fünf Jahren in die Bundesrepublik entsendet und vom entsprechenden Konsulat besoldet und beaufsichtigt wurden. Vor dem integrationsspezifischen Hintergrund ergibt sich hier jedoch das Problem, dass diese Vorbeter oft weder die genauen Lebensumstände der Türken in Deutschland kennen noch die deutsche Sprache in ausreichendem Maße beherrschen. So ist eine weitergehende Zusammenarbeit dieser Multiplikatoren mit deutschen Stellen oft von vornherein erschwert.

Die DITIB ist weder Mitglied im Islamrat noch im Zentralrat.

¹⁸ 55 der im Jahre 2001 gezählten 66 Moscheeneubauten in der Bundesrepublik gehören der DITIB an, vgl. Antwort der Landesregierung NRW auf die Große Anfrage „Die Situation der Muslime in NRW“ (Drs. 13/1397), S. 13.

Islam Toplumu Milli Görüs (IGMG, Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.)

IGMG Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V.

Boschstraße 61-65

50171 Kerpen

Tel./Fax: 02237-6560

www.igmg.de

Die vom Verfassungsschutz als extremistisch eingestufte Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG) ist die zweitgrößte türkisch-islamische und größte nicht-staatliche türkische Organisation in der Bundesrepublik Deutschland. Ihre Zentrale ist kürzlich von Köln nach Kerpen verlegt worden. Deutschlandweit soll der Verband über ca. 27.000 Mitglieder verfügen.¹⁹

Die Bezeichnung „Milli Görüs“ bedeutet im Deutschen so viel wie „national-religiöse Anschauung“ und ist der Schlüsselbegriff der Ideologie der islamistischen Partei der Türkei (ehemals MSP, später RP, FP, heute SP)²⁰ des Necmettin Erbakan.²¹ Diese vertritt nach Angaben des Verfassungsschutzes ein Gesellschaftskonzept, welches auf ein religiös begründetes, umfassendes politisches, wirtschaftliches und soziales Regelsystem zielt, das mit dem Demokratie- und Freiheitsverständnis des Grundgesetzes unvereinbar sei.²² Obwohl die IGMG wie ihre Vorgängerorganisation (AMGT) jede Verbindung zu dieser Partei leugnet²³, bestehen eindeutige Beweise sowohl für die personelle als auch die ideologische Verbundenheit. Nicht nur, dass in der Legislaturperiode von 1995 bis 1999 der langjährige Vorsitzende der Organisation, Osman Yumakogullari, ne

¹⁹ Vgl. Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2000, Berlin/Bonn 2001, S. 205. Die Mitglieder- und Sympathiesanzahl der Milli Görüs ist jedoch nur schwer zu ermitteln, da viele der IGMG direkt oder indirekt unterstehenden Moscheevereine unter einem rechtlich eigenen Status auftreten.

²⁰ MSP (Milli Selamet Partisi – Partei der nationalen Geborgenheit/Sicherheit); RP (Refah Partisi – Wohlfahrtspartei; FP (Fazilet Partisi – Partei der Vorzüglichkeit); SP (Saadet Partisi – Glückspartei).

²¹ Necmettin Erbakan darf aufgrund eines Verbotes des türkischen Staates keiner Partei mehr vorsitzen. Inoffiziell ist er jedoch weiterhin die maßgebende Person der Bewegung.

²² Vgl. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, a.a.O., S. 206.

²³ Dies vor allem aufgrund des türkischen Parteiengesetzes von 1983, das politischen Parteien die Unterhaltung von Auslandsorganisationen und den Bezug von finanzieller Unterstützung aus dem Ausland verbietet.

ben anderen Funktionären²⁴ für die RP im türkischen Parlament saß, sondern auch publikumsträchtige Auftritte von Funktionären der Partei bei Veranstaltungen der Organisation in Europa belegen dies.²⁵ Des Weiteren bekleidete der Nefte Erbakans, Mehmet Sabri Erbakan, von 1996 bis 2002 das Amt des Generalsekretärs der IGMG.²⁶ In fast allen Schlüsselpositionen der IGMG und angegliederter Vereinigungen lassen sich Angehörige der Familie Erbakan finden.

Die IGMG ist das vorläufig letzte Resultat einer langen Entwicklungsgeschichte. Die Betätigung der religiös-politischen Bewegung begann am 22. November 1976. Damals entstand in Köln die *Türkische Union Europa e.V.*, die am 19. Dezember 1982 in *Islamische Union Europa e.V.* umbenannt wurde. 1984 kam es jedoch zu einem heftigen internen Richtungsstreit, in dessen Folge sich eine radikale Gruppierung um Cemalettin Kaplan abspaltete und die mittlerweile verbotene extremistische ICCB gründete.²⁷

Nach diesem Selbstreinigungsprozess gründete sich aus der Islamischen Union am 20. Mai 1985 in Köln die Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V. (Avrupa Milli Görüs Teskilatlari/AMGT). Bis in die neunziger Jahre hinein firmierte die Organisation unter diesem Namen.

1995 erfuhr der Verband eine grundlegende Neugliederung. Direkter Nachfolger der AMGT im Sinne des Vereinsrechts ist die Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e.V. (EMUG), die den umfangreichen Immobilienbesitz des Verbandes verwaltet.²⁸ Eigentlicher Nachfolger ist jedoch die IGMG, in deren Aufgabenbereich „die umfassende Organisation des religiösen Gemeindelebens [und die Bemühung um] die gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung mit anderen Religionsgemeinschaften“²⁹ fällt. Zu diesem Zweck bietet

²⁴ Wie Azim Genc (alias Abdullah Gencer), ehemals stellvertretender Vorsitzender Yumakogullaris, und Sevket Yilmaz, ehemals Mitglied des Exekutiv-Komitees der AMGT. Insgesamt kandidierten ca. 30 AMGT-Angehörige (erfolglos) bei diesen Wahlen, darunter auch Ali Yüksel, langjähriger Generalsekretär der AMGT.

²⁵ Neben Necmettin Erbakan waren dies z.B. die Abgeordneten Halil Celik, Oguzhan Asiltürk und die Bürgermeister Recep Tayyip Erdogan und Arif Ersoy, um nur einige Prominente zu nennen.

²⁶ Der derzeitige Generalsekretär heißt Oguz Ücüncü.

²⁷ Kaplan war ursprünglich von Necmettin Erbakan aus der Türkei entsandt worden, um diesen Richtungsstreit zu schlichten.

²⁸ Geschätztes Vermögen: über 100 Mio. DM, vgl. Ministerium für Inneres und Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen, Islamischer Extremismus in Nordrhein-Westfalen, Instrumentalisierung der Religion für politische Zwecke, Düsseldorf 1998, S. 34.

²⁹ Vgl. Selbstdarstellung der IGMG, www.igmg.de.

die IGMG durch eine große Zahl an „Frauen-, Jugend-, und Elternvereinen“³⁰ und mit „über 17.000 Geistlichen, Helfer[n] und Angestellten“³¹ eine breite Angebotspalette, angefangen bei Korankursen bis hin zu beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten.³² Die Aufteilung in IGMG und EMUG ist jedoch insofern relativ, als sich in den Führungsetagen der beiden Organisationen personelle Überschneidungen ergeben.

Der Verband verfügt über beträchtliche finanzielle Mittel. Schätzungen zufolge sollen allein an Mitgliedschaftsbeiträgen bis zu fünf Mio. DM (ca. 2,6 Mio. Euro) in die Verbandskassen fließen.³³ Vorwürfe wirtschaftlicher Verflechtungen mit z. B. über 15 Handelsgesellschaften³⁴ mit einem Umsatz von zehn Mrd. US\$ werden von der Verbands-Leitung abgestritten.³⁵

Die Organisation verfügt mit der Verbandszeitschrift *Milli Görüs&Perspektive*, der türkischen Tageszeitung *Milli Gazete*³⁶, dem via Satellit aus der Türkei empfangbaren Fernsehsender *Kanal 7* und zahlreichen Publikationen über gewichtige Propagandainstrumente, mit denen gezielt versucht wird, ein Weltbild im Sinne der Bewegung zu verbreiten. Die *Milli Görüs&Perspektive* versucht jedoch seit kurzem, insbesondere den Vorwurf antijüdischer Propaganda durch moderatere Töne zu entkräften, da die IGMG bemerkt hat, „dass antisemitische Äußerungen, die in der Türkei üblich (seien), in Deutschland verboten sind“.³⁷

Gleichwohl lassen sich Stimmen finden, die vor dem Kapitalismus und einer jüdisch-christlichen Verschwörung gegen den Islam warnen.³⁸ Der „Westen“ er-

30 Vgl. ebd.

31 Mehmet S. Erbakan, in: Die Welt, 2.10.2001, S. 10.

32 Vgl. Selbstdarstellung, a.a.O.

33 Feindt-Riggers/Steinbach, a.a.O., S. 41.

34 Z.B. Kombassan-Holding, Yimpas.

35 Vgl. Trautner, B., Türkische Muslime, islamische Organisationen und religiöse Institutionen als soziale Träger des transstaatlichen Raumes Deutschland-Türkei, in: Faist, T. (Hrsg.), Transstaatliche Räume, Bielefeld 2000, S. 57-86, hier S. 76.

36 Die IGMG-Zentrale bestreitet die Funktion der Milli Gazete als Propagandaorgan der Bewegung. Gleichwohl nimmt die Berichterstattung über die IGMG einen breiten Raum in der Deutschlandausgabe der Zeitung ein, vgl. Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen, Verfassungsschutzbericht 2000, S. 199.

37 Hasan Özdoğan, ehemaliger IGMG-Vorsitzender in: die tageszeitung, 9.12.2000, zit.n. Bundesverfassungsschutzbericht 2000, a.a.O., S. 207.

38 Vgl. Pedersen, L., Newer islamic Movements in Western Europe, Research in migration and ethnic relations series, Nr. 5, Aldershot u.a. 1999, S. 188f.

scheint dabei als Ursprung des „ontologischen Verfalls“ schlechthin, dem einzig und allein die Milli Görüs etwas entgegensetzen könne.³⁹

Die Organisationsstruktur des Verbandes setzt sich sowohl aus zentralistischen als auch dezentralen und föderativen Elementen zusammen.

Neben den bundesweit über 600 Moscheegemeinden und Ortsvereinen, deren Vorstände vom IGMG-Hauptvorstand ernannt werden, die in ihrer Rechtsfähigkeit nach außen hin eingeschränkt sind und deren rechtliche Vertretung vom IGMG-Hauptvorstand wahrgenommen wird, gehören der Organisation zahlreiche rechtlich selbständige Vereinigungen und Föderationen an. Dazu gehören der IGMG-Ortsverein in Kiel-Friedrichsort und der IGMG-Jugendverband in Köln. Hinzu kommen die Islamischen Föderationen in Bayern, Baden-Württemberg, Berlin, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Des Weiteren das Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e.V., die Föderation Islamischer Gemeinden im Ruhrgebiet e.V. sowie der Dachverband der Türkisch-Islamischen Vereine e.V. in der Bundesrepublik Deutschland. Dazu zählen ferner das Zentrum für Erforschung von Sozial- und Wirtschaftsordnungen e.V. (ZESW), das Moslemische Sozialwerk in Europa e.V. (MSE) und die Deutschsprachige Islamische Frauengemeinschaft (DIF), die ihren Sitz bei der EMUG haben und von Personen aus dem unmittelbarem Führungskreis der Milli-Görüs-Bewegung geleitet werden. Enge Verbindungen bestehen auch zum Institut für Internationale Pädagogik und Didaktik (IPD), zur Internationalen Humanitären Hilfsorganisation e.V. (IHH), zur Gesellschaft Muslimischer Sozial- und Geisteswissenschaftler/Innen e.V. (GMSG), den Vereinen Islamic Relief-Humanitäre Organisation in Deutschland e.V., Muslim Studenten Vereinigung in Deutschland e.V. (MSV) und zum Islamischen Zentrum Köln e.V. (IZK). Daneben begünstigen bei einer aktuellen Auflösung der Islamische Kulturverein in Neuenfelde und Umgebung e.V. und der Internationale Studentenbund Hamburg (ISBH) e.V. einen der IGMG nahe stehenden Verein.⁴⁰

³⁹ Vgl. Tezcan, L., Der Westen im türkischen Islamismus, in: Heitmeyer/Bielefeld (Hrsg.), Politisierte Religion, Ursachen und Erscheinungsformen des modernen Fundamentalismus, Frankfurt/M. 1998, S. 124.

⁴⁰ Dies ist die Gesellschaft der türkischen Arbeiter in Hamburg und Umgebung zur Gründung und Erhaltung einer Moschee e.V., welche wiederum als Träger der zur IGMG gehörenden Merkez-Moschee ihrerseits im Fall der Auflösung das Islamische Zentrum Köln e.V. begünstigt. Schon allein aufgrund dieses Netzwerkes wird deutlich, wie schwer ein eventuelles Verbot der Milli Görüs durchzusetzen wäre. Allein mit der Schließung der IGMG und der EMUG wäre der Einfluss der Bewegung in Deutschland also keineswegs aufgehoben.

Laut Verfassungsschutz hat die IGMG Verbindungen zur algerischen FIS, zur palästinensischen Hamas, zu Libyen, dem Sudan und dem Iran sowie der Scientology-Sekte.⁴¹ Ebenso sollen Kontakte zur Muslimbruderschaft bestehen.⁴² Schließlich ist die IGMG dominierendes Mitglied im Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland.⁴³

Die IGMG gibt sich heute, zumindest in der Öffentlichkeit, entgegen ihren Gebaren in der Vergangenheit betont offen und dialogbereit, denn auch sie habe festgestellt, dass „der Islam in Deutschland dauerhaft präsent geworden“⁴⁴ sei.

Entsprechend ihrem Ziel, die Meinungsführerschaft über die Muslime in Deutschland zu erlangen, bildet sie in ihren Bildungseinrichtungen gezielt Führungskader und Nachwuchskräfte sowohl im Verwaltungs- als auch im religiösen Bereich aus, zum Teil in deutscher Sprache.⁴⁵ Diese weisen neben religiösen auch hohe sprachliche und kulturelle Kompetenzen auf.⁴⁶ Folgerichtig erlangt die zweite Generation immer wichtigere Positionen innerhalb der Verbandshierarchie⁴⁷, was aufgrund ihrer Sozialisation zu einer stärkeren Orientierung an den Verhältnissen in Deutschland führt. Dies wird von der Verbandsleitung nicht nur begrüßt, sondern geradezu gefordert: „Sie [die türkischen Muslime in Deutschland] sollten im alltäglichen Leben aufhören, sich zu verteidigen und selbst aktiv werden. So sollten sie z. B. ihre [deutschen] Nachbarn zum Tee einladen und ihre Religion erklären. Die Kinder und Jugendlichen sollten in der Schule [...] den Islam erwähnen“.⁴⁸ Besonderes Augenmerk richtet die IGMG auf qualifizierte Bildungsabschlüsse der in ihr organisierten Jugendlichen. Mit einem Stipendium sollen insbesondere Studenten mit den Fächern „Informatik, Jura, BWL und den Schwerpunkten Marketing/Werbung und Psychologie gezielt gefördert werden“

⁴¹ Justizministerium Nordrhein-Westfalen, Islamischer Extremismus in Nordrhein-Westfalen, a.a.O., S. 46f.

⁴² Zu Verbindungen der AMGT bzw. der IGMG zu den Muslimbrüdern, vgl. Feindt-Riggers/Steinbach, a.a.O., S. 49.

⁴³ Die Aktivitäten des Islamrates lassen „direkte Bezüge zu den Bestrebungen der IGMG erkennen“, vgl. Verfassungsschutzbericht NRW 2000, a.a.O., S. 200; seit den Vorstandswahlen 2002 stellt die Milli Görüs mit Ali Kizilkaya den Vorsitzenden des Islamrates.

⁴⁴ Vgl. Selbstdarstellung der IGMG, a.a.O.

⁴⁵ Die zur DIF gehörende IPD z.B. bildet nur in deutscher Sprache aus.

⁴⁶ Vgl. Seufert, G., Die Milli-Görüs-Bewegung zwischen Integration und Isolation, in: Seufert/Waardenburg (Hrsg.), Türkischer Islam und Europa, Istanbul 1999, S. 295-322, hier S. 308.

⁴⁷ Prominentestes Beispiel ist hier der langjährige Generalsekretär Erbakan, der der zweiten Generation angehört.

⁴⁸ Keles, I., Alman medyasi fundamentalist, in: Milli Görüs&Perspektive 8/1995, S. 21f., zit.n. Seufert, a.a.O., S. 310.

da diese Abschlüsse „für die weitere Entwicklung der Milli Görüs besonders wichtig“ seien.⁴⁹

Seriöse Stimmen sind der Meinung, dass sich durch die inhaltliche Auseinandersetzung mit der demokratisch-freiheitlichen Lebenswirklichkeit der Bundesrepublik, auch innerhalb der IGMG zivilgesellschaftliche Vorstellungen zu entwickeln scheinen.⁵⁰ In diesem Sinne ist wohl auch die Bewertung Mehmet S. Erbakans, dass „die Deutschen [...] den hiesigen Islam viel stärker verändern (werden) als der Islam Deutschland“, zu verstehen.⁵¹

Auch wenn diese und ähnliche Aussagen als taktisches Kalkül gewertet werden können, so lassen sich zumindest „Indizien für tiefgreifendere weltanschauliche Entwicklungen innerhalb der IGMG-Organisation“⁵² nicht leugnen. Schließlich wird die Milli Görüs ihre Zielgruppe, d. h. vor allem die türkische Jugend in Deutschland, auf Dauer nur an sich binden können, wenn sie auf die tiefgreifenden soziokulturellen Veränderungen innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe reagiert. Ein Beispiel dafür sind die zur Zeit anhaltenden „massiven Richtungsausinandersetzungen zwischen fundamentalistischen und gemäßigten Strömungen“.⁵³

Allerdings steht das Handeln im Sinne der oppositionellen Bewegung (Milli Görüs), die gegen die säkulare Rechtsordnung der türkischen Republik gerichtet ist, trotz aller integrationswilligen Äußerungen jedoch weiterhin im Vordergrund. Dass dieses Handeln Kompetenzen für das Bestehen in der im Grunde abgelehnten gesellschaftlichen Wirklichkeit des Aufnahmelandes schafft und damit integrationsfördernden Charakter hat, liegt allein daran, dass es innerhalb dieser Wirklichkeit realisiert wird.⁵⁴ Vor diesem Licht müssen die integrationsbefürwortenden Bekundungen der Milli Görüs betrachtet werden.

Der Annahme, Deutschland werde durch die Milli Görüs von islamistisch-extremistischen Strukturen unterwandert, muss in dieser Strenge allerdings widersprochen werden. Trotz aller Anzeichen gelingt es der Bewegung weder, in

⁴⁹ Vgl. Verfassungsschutzbericht NRW, Zwischenbericht 2001, o.O., S. 36.

⁵⁰ Vgl. Trautner, a.a.O., S. 77.

⁵¹ Die Zeit, 20.07.1997, vgl. auch Mehmet S. Erbakan in: die tageszeitung, 1.6.1999.

⁵² Vgl. Trautner, ebd.

⁵³ Vgl. Steinbach, U., in: Frankfurter Rundschau, 19.9.2001. Bezeichnenderweise spiegelt sich hier die Auseinandersetzung zwischen den Fraktionen der Erbakan-treuen Traditionalisten und den reformorientierten gemäßigten Anhängern Recep T. Erdogans im islamistischen Lager der Türkei wider.

⁵⁴ Vgl. Seufert, a.a.O., S. 309.

nerhalb der türkischen Bevölkerung Deutschlands eine beherrschende Stellung einzunehmen, noch, sich als Alleinvertretung der Muslime zu etablieren.

Die augenscheinlich hohe Zahl von 40.000 Teilnehmern, anlässlich der 4. Großveranstaltung der IGMG in Amsterdam im Juni 1998, relativiert sich angesichts von allein in Deutschland ca. 2,5 Mio. lebenden Türken.⁵⁵ Auch die Teilnehmerzahlen des jährlich stattfindenden Jugendkongresses der Bewegung belegen keine Präferenz der Milli Görüs seitens der türkisch-muslimischen Jugend in Europa.⁵⁶ Auch wenn zeitweise bis zu 70.000 Personen Milli Görüs-Moscheen frequentieren, spiegelt diese Zahl nicht die tatsächliche Anhängerschaft der Bewegung in Deutschland wider, da viele Muslime z. B. bei der Verrichtung des Freitagsgebetes die besuchte Moschee nicht unbedingt nach deren politischer Ausrichtung auswählen.

Ein Verbot von Milli Görüs würde sich aber voraussichtlich nicht günstig auswirken. Udo Steinbach hält dieses sogar für „ausgesprochen gefährlich“, da dadurch einerseits das „breite Spektrum des Islam unsichtbar und damit unkontrollierbar“ werde, andererseits aber „falsche gesellschaftspolitische Weichenstellung“ vorgegeben würde.

Verband der Islamischen Kulturzentren e.V. (VIKZ)

VIKZ Verband der Islamischen Kulturzentren e.V.

Vogelsanger Straße 290

50825 Köln

Tel.: 0221-9544100

Fax: 0221-542616

www.vikz.de

Der VIKZ ist der älteste türkisch-islamische Verband in Deutschland. Er ist 1980 aus den 1973 in Köln gegründeten Islamischen Kulturzentren (IKZ) hervorge-

⁵⁵ Auf der 6. Generalversammlung im Juni 2000 in Köln waren es nurmehr 30.000. An der Veranstaltung im April 2001 in Hagen nahmen zwar nur ca. 1.000 Personen teil, dies waren allerdings ausnahmslos offizielle Delegierte.

⁵⁶ Zum Vergleich: Teilnehmerzahl 1999: 6.000; 2000: 5.000. Über die Aussagekraft der diesbezüglich oft zitierten sogenannten Heitmeyer-Studie vgl. Karakasoglu-Aydin, Y. Jung, muslimisch = gewaltbereit?, in: Das Argument, 40 (1998), Nr. 1/2, S. 145-157.

gangen. Der Verband gilt als die deutsche Organisation der türkischen Süleymanci-Bewegung.⁵⁷

Nach eigenen Angaben unterhält der VIKZ heute im gesamten Bundesgebiet 300 Niederlassungen mit ca. 21.000 Vereinsmitgliedern.⁵⁸ Er ist streng hierarchisch und zentralistisch organisiert. Die eingegliederten Moscheevereine sind sowohl rechtlich als auch finanziell von der Kölner Zentrale abhängig, die die alleinige Rechtsfähigkeit eines eingetragenen Vereins besitzt. Der VIKZ finanziert sich durch monatliche Mitgliedschaftsbeiträge, die aufgrund der zentralistischen Struktur „ein bedeutendes Budget [und] hohe Sicherheiten bei der Kreditaufnahme“ bieten.⁵⁹ Hinzu kommen umfangreiche „Spenden von Muslimen, die keine Mitglieder sind“.⁶⁰

Schwesterorganisationen befinden sich in den Niederlanden, Österreich, der Schweiz, Tschechien, den USA, Kanada, Australien und Saudi-Arabien. Im weiteren Umfeld des VIKZ befindet sich der „Islamische Wohlfahrtsverband e.V.“, ein Bestattungsfond und die „Merkez Handels GmbH für Konsumgüter“, durch welche die Zweigstellen versorgt werden. Die 1999 eröffnete verbandseigene Bildungsstätte „Islamische Akademie Villa Hahnenburg“ (ISLAH) hat ihren Betrieb, vermutlich aufgrund von Finanzierungsschwierigkeiten, wieder eingestellt.

⁵⁷ Der VIKZ lehnt den Begriff Süleymanci aufgrund seines im türkischen Sprachgebrauch pejorativen Charakters ab und bevorzugt die Bezeichnung „Schüler des Süleyman Efendi“. Süleyman Hilmi Tunahan (1888-1959) war Sufi-Prediger und Mitglied der sunnitischen Naksibendi-Bruderschaft. Süleyman Efendi, der laut der Selbstdarstellung des VIKZ „über einen bemerkenswerten Intellekt verfügte“ bemühte sich, nach der Schließung religiöser Ausbildungsstätten durch Atatürk, in der Türkei um die Aus- und Weiterbildung von Religionsgelehrten und Vorbetern und um die Organisation und Durchführung von Koran- und Religionsunterricht, vgl. dazu u.a. VIKZ, Selbstdarstellung, www.vikz.de; Abdullah, M. S., Die Präsenz des Islams in der Bundesrepublik Deutschland, CIBEDO Dokumentation Nr. 1, Frankfurt 1978, S. 14f.; ders., Geschichte des Islams in Deutschland, Islam und westliche Welt Nr. 5, Graz, u.a., S. 95-103; ders., Was will der Islam in Deutschland?, Gütersloh 1993, S. 50; Steinbach, U., Die Türkei im 20. Jahrhundert, Schwieriger Partner Europas, Bergisch-Gladbach 1996, S. 334f.; Binswanger, K., Die Türkei, in: Steinbach, U., Ende, W. (Hrsg.), Der Islam in der Gegenwart, 3. Aufl., München 1991, S. 220.

⁵⁸ Vgl. Selbstdarstellung, a.a.O.

⁵⁹ Karakasoglu-Aydin, Y., Die Islamische Akademie Villa Hahnenburg des Verbandes Islamischer Kulturzentren, in: Seufert/Waardenburg (Hrsg.), a.a.O., S. 337.

⁶⁰ Vgl. Selbstdarstellung. Wer diese Gönner beispielsweise sind, wird nicht näher ausgeführt.

Im Gegensatz zur IGMG hat der Verband keine parteipolitischen Präferenzen. Vielmehr finden sich in der Türkei über Parteigrenzen und gesellschaftliche Kreise hinaus Anhänger des Süleyman Efendi.

Die Hauptanliegen des VIKZ sind die Errichtung und Organisation von Gemeinden sowie die Betreuung der Muslime in sozialen Fragen.⁶¹ Besonderes Augenmerk wird auf die Unterweisung von Kindern und Jugendlichen im islamischen Gebet und auf die Lehre und Wahrung der islamischen kulturellen Werte gerichtet.⁶² Zu diesem Zweck bietet der Verband neben Korankursen⁶³ auch solche für islamisches Recht, Ethik oder Geistesgeschichte an und trägt damit zu einer erhöhten Kompetenz der Jugendlichen in Fragen der islamischen Religion bei.

Politisch steht der VIKZ im Gegensatz zur laizistischen Türkei und befindet sich somit in der Tradition religiöser Bewegungen, die den Säkularismus in der Türkei aufheben wollen.⁶⁴ Er geht dabei jedoch nicht extremistisch oder gar gewaltbereit vor. Vielmehr soll der Islam innerhalb des Rahmens der bestehenden gesellschaftspolitischen Ordnung schrittweise in das öffentliche Leben der Türkei etabliert werden. Die Schüler des Süleyman Efendi versuchen, mit ihrer Politik „die Grundlage für ein islamisches Bildungswerk zu schaffen, indem sie strategisch vorgehen, d. h. sich mit den jeweils amtierenden Mächten arrangieren“.⁶⁵ Ein bedeutender Teil dieses Bildungswerkes in Deutschland ist die verbandseigene Ausbildungsstätte in Köln, in der Religionsgelehrte und Gemeindevorsteher

⁶¹ Die Kulturzentren stellen nicht nur Gebets- oder Unterrichtsstätten dar. Vielmehr sind sie Orte der Begegnung und des gesellschaftlichen Austausches. So werden in den Örtlichkeiten auch Hochzeiten oder Beschneidungen gefeiert. Des weiteren werden „Deutschkurse, Seminare, Näh- und Häkelkurse für Mädchen u.ä. angeboten“. Zudem organisiert ein Bestattungsfond die Überführung und Bestattung Verstorbener in die Türkei, vgl. ebd.

⁶² Vgl. ebd.

⁶³ Diese wurden in der Vergangenheit aufgrund der Verbreitung einer „neo-traditionalistischen Haltung“ stark kritisiert, vgl. Karakasoglu-Aydin, Y., Zwischen Türkeiorientierung und migrationspolitischem Engagement: Neuere Entwicklungen bei türkisch-islamischen Dachverbänden in Deutschland, Zeitschrift für Türkeistudien, Heft 2, Essen 1996, S. 7.

⁶⁴ „Die Süleymanci sehen in Atatürk aufgrund seiner Reformen „den Widersacher des Islam selbst, wenn nicht gar den Antichrist“, Schiffauer, W., Ausbau von Partizipationschancen islamischer Minderheiten als Weg zur Überwindung des islamischen Fundamentalismus?, in: Heitmeyer/Bielefeld (Hrsg.), a.a.O, S. 428.

⁶⁵ Schiffauer, W., Der Weg zum Gottesstaat, in: Historische Anthropologie, Sonderdruck, 1. Jhrg. 1993, Heft 3, S. 468-484, hier S. 479.

im Sinne der Bewegung ausgebildet werden, um dann in den Zweigstellen tätig zu werden.⁶⁶

Bedingt durch eine für ihn vernichtend ausgefallene DGB-Studie über Sekten in der Bundesrepublik⁶⁷, sowie aufgrund zahlreicher antisemitischer Äußerungen von VIKZ-Predigern⁶⁸, gibt sich der Verband seit 1980 nach außen hin betont offen und dialogbereit. Dabei wird heute zugegeben, dass bis vor kurzem eine vorwiegend rückkehrorientierte Arbeit geleistet wurde. Mittlerweile habe man sich aber auf die dauerhafte Präsenz des Islam in Deutschland eingerichtet.⁶⁹ Trotzdem bewegt sich der Verband „weiter in traditionell-geschlossenen Bahnen“.⁷⁰

In der Öffentlichkeit bezeichnet sich der VIKZ als eine jedem, „unabhängig von seiner Nationalität und Religionszugehörigkeit“ offenstehende Organisation, da „die Fortführung des interreligiösen Dialogs ... eine [seiner] wichtigsten Aufgaben“ darstelle.⁷¹ Zu diesem Zweck unterhält der Verband zahlreiche gute Beziehungen zu Kirchen und überregionalen Bundes- oder Landesinstitutionen und hat sich damit in letzter Zeit einen Namen als verlässlicher und parteipolitisch neutraler Dialogpartner gemacht.⁷² Als besonderer Ausdruck dieser Dialogbereitschaft sei hier der jährlich stattfindende „Tag der offenen Moschee“ genannt, den der VIKZ seit dem 3.10.1997 durchführt.

⁶⁶ „1998 stellte der Verband unter Vorlage des Lehrplans Antrag an die Bezirksregierung Köln, seine Ausbildungsstätte offiziell als Ergänzungsschule für islamische Theologie anzuerkennen. Die Bezirksregierung sah jedoch [...] keine Veranlassung dafür“, Karakasoglu-Aydin, in: Seufert/Waardenburg, a.a.O., S. 337.

⁶⁷ DGB – Deutscher Gewerkschaftsbund (Hrsg.), Hintergründe türkischer und extremistischer islamischer Aktivitäten in Deutschland (Sekten und Organisationen), in: Evangelischer Pressedienst, Nr. 15/80, 1980, S. 1-22, hier insbesondere S. 12-22.

⁶⁸ Feindt-Riggers/Steinbach, a.a.O., S. 18.

⁶⁹ „Die freiheitlich demokratischen Rechtsstaaten räumen den Religionsgemeinschaften die Möglichkeit ein, ihre Überzeugungen und Glaubenspraxis frei zu entfalten. In diesem Rahmen bemühen sich der VIKZ in Deutschland und Schwesterorganisationen in der Türkei und anderen Staaten, den Bestimmungen ihres Glaubens zu entsprechen“, vgl. Stellungnahme des VIKZ zu der Studie „Islamische Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland“ von Feindt-Riggers/Steinbach.

⁷⁰ Vgl. Karakasoglu-Aydin, in: Seufert/Waardenburg (Hrsg.), a.a.O., S. 341.

⁷¹ Vgl. ebd.

⁷² Vgl. Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hrsg.), Zusammenleben mit Muslimen in Deutschland. Gestaltung der christlichen Begegnung mit Muslimen. Eine Handreichung des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland, Düsseldorf 2000, S. 13.

Der Verband sieht das Ziel seiner Integrationsarbeit ausdrücklich nicht in einem Aufgehen der türkischen Muslime in der nicht-muslimischen Bevölkerung Deutschlands, sondern beabsichtigt vielmehr, die Muslime als sichtbaren Teil der hiesigen Gesellschaft zu etablieren. In der Öffentlichkeit wird das Verhältnis zur europäischen Gesellschaft als positiv dargestellt. Diese habe, vor allem im politischen Bereich, sehr fortschrittliche Werte, von denen „Muslime viel lernen können“.⁷³ Allerdings ist ungeklärt, ob es sich bei solchen Äußerungen nur um eine Reaktion auf Stimmen handelt, nach denen der VIKZ noch 1994 nicht nur „eine Offenheit gegenüber der deutschen Gesellschaft ... nur ansatzweise erkennen ließ“⁷⁴, sondern sogar als „fundamentalistische Gemeinde“⁷⁵ bzw. als radikal⁷⁶ einzuschätzen war.

Innerhalb der türkischen Bevölkerung wird dem Verband oft eine exklusivistische Haltung vorgeworfen, die sich in dem Umstand äußert, dass „nicht das Muslim-Sein als solches, sondern das Muslim-Sein im Sinne Süleyman Hilmi Tunahans [...] eine Voraussetzung für engere Kontakte zu sein“ scheint.⁷⁷

Insofern ist die Frage, ob „es sich [bei der zurschaugestellten Dialogbereitschaft] nicht doch nur um einen geschickten Schachzug [des VIKZ] handelt, der sich damit im Kreis der muslimischen Minderheit gegenüber der nicht-muslimischen Mehrheit als Brückenbauer im christlich-islamischen Dialog weiter etablieren möchte“⁷⁸, berechtigt.

Avrupa Alevi Birlikleri Federasyonu (AABF, Föderation der Aleviten Gemeinden in Europa e.V.)

AABF Föderation der Aleviten Gemeinden in Europa e.V.

Stolbergstr. 317

50933 Köln

Tel.: 0221-9498560

Fax: 0221-94985610

www.alevi.com

⁷³ Äußerungen Ismail Birols, des ehemaligen Geschäftsführers der mittlerweile geschlossenen VIKZ-Bildungseinrichtung Villa-Hahnenburg (ISLAH), zit.n. Karakasoglu-Aydin, ebd., S. 326.

⁷⁴ Lier/Piest, Muslimische Vereinigungen und Moscheen in Köln, Köln 1994, S. 31.

⁷⁵ Vgl. Schiffauer, W., ebd.

⁷⁶ Vgl. Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Türkische politische Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland, Arbeitspapier, Sankt Augustin 1993.

⁷⁷ Vgl. Karakasoglu-Aydin, ebd., S. 339.

⁷⁸ Vgl. ebd., S. 341.

Aleviten begannen sich in Deutschland und Europa, im Vergleich zu sunnitischen Türken, erst spät zu organisieren. Dies hängt damit zusammen, dass diese besondere religiöse Gruppe lange Zeit den Bezug zu ihrer Kultur vernachlässigt hat und gesellschaftlich engagierte Aleviten, als vehemente Vertreter des kemalistischen Laizismus, sich in Deutschland eher in sozialdemokratisch orientierten, rein politischen Organisationen betätigten. Im Zusammenhang mit dem hohen Organisationsgrad sunnitischer Verbände und den Ausschreitungen zwischen Aleviten und Sunniten in der Türkei Anfang der neunziger Jahre entwickelte sich jedoch ein zunehmend erstarkendes alevitisches Bewusstsein, das maßgebend die Entstehung des alevitischen Dachverbandes AABF beeinflusst hat.

Einzelne alevitische Vereine gibt es schon seit den sechziger Jahren in Deutschland. Erst am 19. Mai 1990 jedoch schlossen sich einige dieser Vereine zur „Vereinigung der Aleviten-Gemeinden e.V.“ zusammen. Diese hat seit Ende 1993 ihren Sitz in Köln und nennt sich seit dem Oktober 1994 „Föderation der Aleviten Gemeinden in Europa e.V.“

Der Verband ist föderativ strukturiert. Entsprechend der exklusivistischen religiösen Gemeinschaft⁷⁹ sind nur alevitische Vereine zur Mitgliedschaft zugelassen. Um einen Zusammenschluss von Ortsvereinen zu bewirken und damit Kräfte zu bündeln, kann in einer Stadt jeweils nur ein Verein die Mitgliedschaft erwerben. Dem Verband gehören derzeit in Deutschland 90 Vereine⁸⁰ mit einer geschätzten Mitgliederzahl von 20.000 bis 30.000 Personen an. Die AABF ist auch in Frankreich, Österreich, der Schweiz, Belgien und Großbritannien vertreten.⁸¹ Sie finanziert sich aus Mitgliedschaftsbeiträgen und Spenden. Neben einer Frauen- und Jugendorganisation⁸² wird auch ein Bestattungsfonds⁸³ betrieben.

Das verbandseigene Publikationsorgan *Alevilerin Sesi* (*Die Stimme der Aleviten*) versteht sich als Brücke zwischen dem AABF und der alevitischen Bevölkerung. Im Vordergrund der Berichterstattung stehen die Aktivitäten des Verbandes. Aufgrund ihrer intellektuellen Ausrichtung wird die Zeitschrift jedoch nur von einem Teil der angesprochenen Bevölkerung frequentiert.

⁷⁹ Alevite kann nur sein, wer als solcher geboren wird.

⁸⁰ Vgl. Selbstdarstellung, www.alevi.com.

⁸¹ Europaweit soll sich die Mitgliederstärke auf etwa 140 eingegliederte Vereine mit ca. 100.000 Mitgliedern erstrecken, vgl. Selbstdarstellung.

⁸² Almanya Alevi Kadınları Birliği (Vereinigung der alevitischen Frauen Deutschlands, AAKB) und Almanya Alevi Gençler Birliği (Vereinigung der alevitischen Jugendlichen Deutschlands, AAGB).

⁸³ Vgl. Spuler-Stegemann, a.a.O., S. 55.

Seine Hauptaufgabe sieht der Verband in der Bemühung um die Anerkennung alevitischer Minderheitenrechte in der türkischen Verfassung und in der Förderung und Bewahrung der kulturellen Identität und der religiösen oder philosophischen Werte der in Europa lebenden Aleviten.

Da das Alevitentum weder den Koran als kanonische Schrift noch die rituellen islamischen Gebete als verpflichtend anerkennt, betreibt der AABF auch keine Moscheen oder Korankurse, sondern als *cem evi* bezeichnete Kulturstätten, in denen das alevitische religiöse Ritual, *Cem* genannt, vollzogen wird. Dieses unterscheidet sich grundlegend vom islamischen Ritus. Die hervorstechenden Unterschiede sind vor allem die gemeinsame Teilnahme von Männern und Frauen an der religiösen Feier sowie die Rezitation von mündlich tradierten Gesängen, in denen die religiösen Grundlagen und Auffassungen weitergegeben und gepflegt werden.⁸⁴

Außerhalb migrationspolitischer Zielsetzungen gibt es kaum Berührungspunkte zu sunnitischen Organisationen.⁸⁵ Insofern sind die Interessen des AABF und der sunnitischen Organisationen nicht voneinander abhängig zu machen.

Auch die AABF unterhält enge Kontakte zu politischen Kreisen in der Türkei. Zu nennen ist hier vor allem die sozialdemokratische und streng laizistische Republikanische Volkspartei (Cumhuriyet Halk Partisi/CHP). So war Ali Rıza Gülciçek, der frühere Vorsitzende der AABF, Abgeordneter der CHP im türkischen Parlament. Funktionäre dieser Partei nehmen auch an Veranstaltungen der AABF teil.⁸⁶ Entsprechend der politischen Ausrichtung sind Vertreter der alevitischen Gemeinden im kommunal- und ausländerpolitischen Bereich häufig in sozialdemokratischen Kreisen anzutreffen.

⁸⁴ Das Alevitentum ist keine Schriftreligion, sondern basiert auf rein mündlicher Tradition.

⁸⁵ Als beispielhafte Ausnahme sei die Teilnahme alevitischer Gemeinden am interreligiösen Projekt „Aufeinander zugehen, miteinander leben“ in Duisburg genannt, an dem sich auch die IGMG, der VIKZ, die DITIB und die ADÜTDF beteiligte, vgl. Yardim/Faust, Aufeinander zugehen, miteinander leben, Situationsanalyse und Handlungsoptionen für einen christlich-muslimischen Dialog auf dem Hintergrund bisheriger Begegnungs- und Verständigungsarbeit in Duisburg, Duisburg o. J.

⁸⁶ So geschehen z.B. bei einer Veranstaltung des AABF-Mitgliedvereins in Bonn im Januar 1998.

2 Türkisch-nationalistische Organisationen

Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Derneklerin Federasyonu (ADÜTDF, Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealisten- vereine in Europa e.V.)

ADÜTDF Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.

Lärchenstr. 99

65933 Frankfurt am Main

Tel.: 069-384056/76

Fax: 069-394491/96

www.turkfederasyon.com

Die ADÜTDF, kurz Türk-Federasyon genannt, deren Anhänger auch als Graue Wölfe bekannt sind, ist die größte türkisch-nationalistische Organisation in Deutschland. Sie ist im Juni 1978 in Frankfurt am Main aus einem Zusammenschluss mehrerer türkischer Vereine entstanden. 1996 fand eine Umstrukturierung in eine Europäische Konföderation mit Sitz in Brüssel statt.⁸⁷ Die Organisation in Deutschland nennt sich seitdem „Deutsche Türkische Föderation“ (Almanya Türk Federasyonu/ATF).

Der Verband ist föderativ strukturiert. In den ca. 200 Mitgliedsvereinen, sogenannten Kultur- oder Idealistenvereinen⁸⁸, sind schätzungsweise 10.000 Mitglieder organisiert. Die Organisation verfügt über die monatlich erscheinende Publikation „Türk Federasyonu Bülteni“. Die Finanzierung erfolgt in erster Linie durch Mitgliedschaftsbeiträge. Ihre Aufgaben sieht die Föderation in der sozialen, kulturellen und ökonomischen Unterstützung ihrer Mitglieder und in der Förderung deren Zusammenarbeit und Solidarität.⁸⁹ Allgemeine Forderungen an die deutsche Seite sind das kommunale Wahlrecht für in Deutschland lebende türkische Staatsangehörige bzw. die Gewährung der doppelten Staatsbürgerschaft. Den eigenen Mitgliedern wird die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft und ein stärkeres Engagement in Kommunalverwaltungen und Ausländerbeiräten etc. nahegelegt.

⁸⁷ Neben Deutschland unterstehen dem Dachverband in Europa Föderationen in Belgien, den Niederlanden, Luxemburg, Frankreich, Österreich, der Schweiz und Dänemark, Großbritannien, Norwegen.

⁸⁸ Die Bewegung tritt in der Türkei unter der Bezeichnung „Idealistische Bewegung“ (Ülkücü Hareket) auf.

⁸⁹ Vgl. Selbstdarstellung, www.turkfederasyon.com.

Im Gegensatz zur IGMG oder zum VIKZ bekennt sich die ADÜTDF zu den ke-
malistischen Prinzipien der türkischen Republik.⁹⁰

Die Bundesverfassungsschutzberichte erwähnen die Organisation nicht.⁹¹

Die ADÜTDF gilt als Auslandsorganisation der türkisch-nationalistischen MHP (Milliyetçi Hareket Partisi/Partei der nationalistischen Bewegung).⁹² Diese pro-
pagiert die Ideologie der nationalen Einheit aller Turkvölker auf der Grundlage
der türkischen Identität. Während sie vor Beginn der achtziger Jahren den Islam
als etwas dem Türkentum Artfremdes betrachtete⁹³, vertritt sie heute die Tür-
kisch-Islamische Synthese (Türk Islam Sentezi), eine Ideologie, in welcher isla-
mische und ethnisch-nationale Elemente miteinander verknüpft werden.⁹⁴ Die
nationale Komponente steht in der Selbstbetrachtung der Mitglieder weiterhin im
Vordergrund, während der Islam vor allem als konstitutives Element der Nation
verstanden wird. Alparslan Türkeş, der 1997 verstorbene Führer der Bewe-
gung⁹⁵, fasste dies zusammen in dem Ausspruch: „Das Türkentum ist unser Kör-
per, der Islam unsere Seele. Ein seelenloser Körper ist ein Leichnam“.⁹⁶ Dieser
Auffassung entsprechend halten die Idealistenvereine ihre Anhänger zum Mo-
scheebesuch und zur Verrichtung des Freitagsgebetes an und organisieren Ko-
rankurse und Wallfahrten nach Mekka.

Die Vermittlung eines übersteigerten Nationalgefühls, Sportvereine und rasche
Eingliederung in verantwortungsvolle Positionen innerhalb der Vereins- bzw.
Verbandshierarchie machen die Idealistenvereine gerade für Jugendliche attrak-
tiv, da hier subjektiv wahrgenommene Diskriminierungserfahrungen kompensiert
werden können. So ist es nicht verwunderlich, dass sich besonders nach den An

⁹⁰ Die Einstellung zur Person Atatürks ist dabei jedoch ambivalent. Auf der einen
Seite gilt er als Vorkämpfer des Türkentums, auf der anderen wird er aufgrund
seiner atheistischen Haltung stark kritisiert.

⁹¹ Die Landesberichte von Bayern und Baden-Württemberg dagegen führen die
ADÜTDF unter der Rubrik „extreme Nationalisten“ auf.

⁹² Bei den türkischen Parlamentswahlen von 1995 und 1999 sammelte die ADÜTDF
Wahlkampfspenden und organisierte Billigflüge in die Türkei zwecks Stimmab-
gabe für die MHP.

⁹³ Islamistische Gruppen lehnten die MHP zunächst als neu-heidnisch ab.

⁹⁴ Die Bewegung hat durch diese Wendung (mit Erfolg) versucht, ihre Anhänger-
schaft zu vergrößern.

⁹⁵ Sowohl in der MHP als auch in den Idealistenvereinen wird Türkeş weiterhin als
unangefochtene Führerfigur unter der alttürkisch-militärischen Bezeichnung Bas-
bug verehrt. Die auf den Tod Türkeş's erfolgten starken Auseinandersetzungen
innerhalb der Bewegung sind mittlerweile beigelegt.

⁹⁶ Zit.n. Ünal, T., Türklügün Sembolü Bozkurt (Der Graue Wolf, das Symbol des
Türkentums), Istanbul 1994.

schlägen von Mölln 1992 und Solingen 1993 die Anhängerschaft der Organisation unter den türkischen Jugendlichen vergrößerte.

Zwar vertritt die ADÜTDF eine stark türkeiorientierte Sichtweise, spricht aber in Bezug auf ihre Klientel meist von westeuropäischen Türken. Die dauerhafte Anwesenheit der Türken in Europa scheint damit akzeptiert. Auf kommunaler Ebene äußert sich diese Einstellung z. B. durch die aktive Mitarbeit von ADÜTDF-Anhängern in Ausländerbeiräten. Jedoch polemisiert der Verband weiterhin gegen jegliche Verwestlichungstendenzen. Es gelte, die Identität der Türken insbesondere gegenüber den kulturzersetzenden kosmopolitischen Mächten Humanismus und Kommunismus⁹⁷ und den latenten christlichen Missionierungsbestrebungen seitens des deutschen Bildungssystems aufrechtzuerhalten.

Die ADÜTDF ist bemüht, in der deutschen Öffentlichkeit als demokratische Vereinigung der politischen Mitte wahrgenommen zu werden und betont ausdrücklich, sich im gesetzlichen Rahmen der Bundesrepublik Deutschland zu bewegen. Dies hängt unmittelbar mit der aktuellen Regierungsbeteiligung der MHP zusammen. Unter dem Firnis zur Schau getragener demokratischer Gesinnung befinden sich jedoch weiterhin stark ethno- und kulturzentristische Vorstellungen.⁹⁸

Allgemein muss die Haltung der ADÜTDF als integrationshemmend bewertet werden.

⁹⁷ Vgl. Hocker, R., a.a.O., S. 436.

⁹⁸ Vgl. Verfassungsschutzbericht Baden-Württemberg 2000, S. 172.

Avrupa Türk Islam Birliği (ATIB, Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.)

ATIB Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V.

Sachsenring 20

50677 Köln

Tel: 0221-316010/18/19

Fax: 0221- 323420

www.atib.org

1987 spalteten sich mehrere Vereine aus der ADÜTDF ab. Diese schlossen sich am 21.5.1988 zur Türk Islam Kültür Dernekleri Birliği (TIKDB, Union der türkisch-islamischen Kulturvereine e.V.), seit 1993 mit dem Namenszusatz *in Europa* versehen, zusammen. Diese ist allgemein unter der Kurzbezeichnung Avrupa Türk Islam Birliği (ATIB, Türkisch-islamische Union Europas) bekannt. Der Verband ist föderativ strukturiert. Nach eigenen Angaben sind in ihm 126 Mitgliedsvereine mit ca. 25.000 Mitgliedern organisiert.⁹⁹ Die Finanzierung erfolgt u. a. durch Mitgliedschaftsbeiträge, Spenden und Erträge aus Veranstaltungen.¹⁰⁰ Die ATIB arbeitet eng mit Schwesterorganisationen in den Niederlanden, Belgien, der Schweiz, Österreich, Frankreich, Dänemark und Großbritannien zusammen. Weitere Verbindungen bestehen zur InterAkademie, der Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung e.V., der Stiftung Türkisch-Islamische Hilfe und dem Muslimischen Hilfswerk (MHW). Die ATIB ist Mitglied im Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD)¹⁰¹ und im Rat der Türkischen Staatsbürger in Deutschland (RTS).

Auch die ATIB vertritt die Türkisch-Islamische Synthese, betont jedoch die islamische Komponente ungleich stärker. Dies war auch der Grund für die Abspaltung von der ADÜTDF. Auf parteipolitischer Ebene äußert sich diese Umorientierung in einer Abwendung von der MHP und einer Annäherung an die liberalkonservative ANAP.¹⁰²

⁹⁹ Vgl. Selbstdarstellung, www.atib-web.de.

¹⁰⁰ Die ATIB betreibt einen Jahreskongress, an dem unter anderem auch „Politiker, Staatsmänner ... und Botschafter aus Deutschland, der Türkei und anderen ... islamischen Ländern teilnehmen“. Daneben finden Podiumsdiskussionen, Seminare und Vorträge mit integrationspolitischen, kulturellen und religiösen Fragestellungen statt, vgl. Selbstdarstellung, ebd.

¹⁰¹ Mit Ferya Banaz stellt die ATIB die stellvertretende Generalsekretärin des ZMD.

¹⁰² ANAP=Anavatan Partisi (Mutterlandspartei).

Die ATIB engagiert sich im kulturellen, sozialen, pädagogischen und religiösen Bereich. Zu diesem Zweck werden Gebetsstätten, Frauen- und Jugendvereine, Bildungszentren für Kinder und Jugendliche, ein Bestattungsfond und eine Wallfahrtorganisation betrieben. Seine kulturorientierte Arbeit forciert der Verband z. B. durch jährlich stattfindende Reisen für Jugendliche in die Türkei und andere islamische Länder, die durch „pädagogisch geschulte Personen“¹⁰³ geleitet werden.

Zwar vermittelt auch die ATIB weiterhin das Bild einer marginalisierten türkischen Bevölkerung in Deutschland, ist dabei jedoch offen für den Dialog.

3 Organisationen der politischen Mitte

Almanya Atatürkcü Düşünce Derneği (AADD, Verein zur Förderung des Gedankenguts Atatürks in der Bundesrepublik Deutschland e.V.)

AADD Verein zur Förderung des Gedankenguts Atatürks in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Richmodstraße 7

50667 Köln

Tel.: 0221-9258890

Fax: 0221-925889

www.ataturk.de

Unter den türkischen Organisationen der politischen Mitte ist insbesondere der AADD zu nennen. Dieser ist am 27.3.1994 gegründet worden. Im März 2001 erfolgte in Köln die Gründung einer europäischen Föderation mit Mitgliedern in Deutschland, Österreich, Frankreich, den Niederlanden, Großbritannien, der Schweiz und Norwegen. In Deutschland sind dem AADD 15 Mitgliedsvereine angegliedert. Der Verband finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen.

Seinem Selbstverständnis gemäß ist der AADD als Gegengewicht zu den antilaizistischen Organisationen, die in Deutschland gegen die kemalistische Republik polemisieren, gegründet worden. Dementsprechend sieht der AADD seine Hauptaufgabe in der Aufrechterhaltung und im Schutz der laizistisch-republikanischen Gesinnung unter den hiesigen Türken, in der Pflege des Gedenkens an den Gründer der türkischen Republik, Mustafa Kemal Atatürk, und in der Eindämmung des Einflusses vor allem religiös-fundamentalistischer Grup

¹⁰³ Vgl. Selbstdarstellung, ebd.

pen. Zu diesem Zweck führt der Verband seit seiner Gründung eine Vielzahl von Veranstaltungen durch, die von reinen Kultur- und Atatürkgedenkfeiern bis hin zu politischen Informationsveranstaltungen reichen. Hierbei kann sich die Organisation einer regen Teilnahme namhafter Vertreter aus Kultur, Wissenschaft und Politik der Türkei erfreuen.¹⁰⁴ Im deutsch-türkischen bzw. europäisch-türkischen Zusammenhang tritt der AADD vor allem als Vertreter der Interessen der Türkei auf, z. B. wenn es um die angestrebte EU-Mitgliedschaft der Türkei geht.

Der Einfluss des AADD auf die türkische Bevölkerung in Deutschland ist, gemessen am Zulauf der religiös motivierten Organisationen, als eher gering einzuschätzen. Dies mag sowohl an dem, seitens letztgenannter Organisationen eingebrachten Vorwurf der atheistischen Propaganda, als auch an der stark intellektualistischen Ausrichtung des AADD liegen.

Sosyal Demokrat Halk Dernekleri Federasyonu (HDF, Föderation der Volksvereine türkischer Sozialdemokraten e.V.)

HDF Föderation der Volksvereine türkischer Sozialdemokraten e.V.

Oranienstr. 40

47051 Duisburg

Tel.: 0203-336437

Fax: 0203-338159

www.hdf-online.de

Die HDF ist 1977 aus dem Zusammenschluss mehrerer sozialdemokratisch orientierter türkischer Vereine hervorgegangen. Politisch steht sie der streng laizistischen sozialdemokratischen CHP in der Türkei nahe und arbeitet in der Bundesrepublik eng mit der SPD zusammen. In Deutschland und den Nachbarländern unterstehen ihr 45 Ortsvereine.¹⁰⁵ Die HDF sieht sich als politische Interessenvertretung der türkischen Bürger in Europa. Zu ihren Grundsätzen gehört das Eintreten für ein „gleichberechtigtes Zusammenleben von Emigranten und Einheimischen in den europäischen Ländern“ und die „Erarbeitung von Lösungsansätzen in allen Lebensbereichen“.¹⁰⁶

¹⁰⁴ Darunter finden sich so illustre Gäste wie z.B. die Wissenschaftler Nermin Abadan-Unat und Suat Kili, Parlamentsabgeordnete der CHP, ANAP und DYP oder der pensionierte Generaloberst Cevik Bir.

¹⁰⁵ Vgl. Selbstdarstellung, www.hdf-online.de.

¹⁰⁶ Vgl. ebd.

In Presseerklärungen und der Zeitschrift „HDF Haberler“ (HDF Nachrichten) setzt sich die Vereinigung u. a. mit dem Themenbereich Einwanderung und Fremdenfeindlichkeit auseinander.

Berührungspunkte zu religiösen Organisationen bestehen nicht. Diese werden vielmehr bezichtigt, die Religion als Mittel der politischen Einflussnahme auf die türkische Bevölkerung zu missbrauchen.

Deutsch-Türkisches Forum (DTF)

Deutsch-Türkisches Forum

c/o CDU-NRW

Wasserstraße 5

40213 Düsseldorf

www.dtf-nrw.de

Das Deutsch-Türkische Forum ist 1997 als Initiative von deutschen und türkischstämmigen CDU-Mitgliedern¹⁰⁷ gegründet worden. Im türkischen Bereich spricht es insbesondere die konservativ-liberale Bevölkerung an. Seine Zielsetzung sieht das Forum in der Unterstützung und Verstärkung der Integrationsarbeit innerhalb der CDU und der Vermittlung der CDU-Politik in die türkische Bevölkerung. Des Weiteren möchte das DTF türkischstämmige Bürger anregen, innerhalb der CDU aktiv zu werden.¹⁰⁸

Es bestehen vier Landesverbände¹⁰⁹ mit insgesamt ca. 600 Mitgliedern. Diese bringen sich aktiv in die migrationspolitische Arbeit der CDU ein. Insbesondere in Nordrhein-Westfalen beteiligt sich das Forum an den Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen.¹¹⁰ Weitere Arbeitsfelder liegen im Bereich Bildung, Wirtschaft und Islam in Deutschland. Das DTF versucht, durch integrationspolitische Veranstaltungen, Diskussionsrunden und die Bereitstellung von Referenten über die Situation von Türken in Deutschland aufzuklären und gegenseitige Integrationshemmnisse abzubauen.

¹⁰⁷ Der CDU-Landesvorsitzende NRW, Jürgen Rüttgers, gehört zu den Initiatoren und Gründungsmitgliedern des DTF.

¹⁰⁸ So finden sich unter den türkischen Mitgliedern u.a. auch Stadtratsmitglieder. Ferner ist das DTF durch seinen Vorsitzenden Bülent Arslan, der gleichzeitig auch im Landesvorstand der CDU-NRW ist, in der Bundestagswahl 2002 mit einem Listenplatz vertreten.

¹⁰⁹ Nordrhein-Westfalen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Hamburg.

¹¹⁰ Beispielhaft sei hier die Mitwirkung am Wahlprogramm der nordrhein-westfälischen CDU bezüglich der Landtagswahlen genannt.

Freiheitlich Türkisch-Deutscher Freundschaftsverein e.V. (Hür-Türk, Hürriyetçi Türk-Alman Dostluk Derneği)

Hür-Türk, Freiheitlich Türkisch-Deutscher Freundschaftsverein e.V.

Postfach 080537

10005 Berlin

Tel.: 030-22773305/-2376

Fax: 030-22776612

www.Huer-Tuerk.de

Hür-Türk wurde 1979 mit der Zielsetzung gegründet, durch Austausch und Kommunikation von türkischen und deutschen Mitbürgern, die der politischen Mitte angehören, das gegenseitige Verständnis zu wecken und zu vertiefen und dadurch die Bildung von Parallelgesellschaften zu vermeiden.

Dem Verein gehören 45 Ortsverbände an, von denen sich fünf in der Türkei befinden.¹¹¹ Die Mitgliederzahl wird mit ca. 10.000 angegeben.¹¹²

In enger Zusammenarbeit mit der CDU stehend¹¹³ versteht sich „Hür-Türk“ als eine „Sammelbewegung der politischen Mitte“¹¹⁴, hat jedoch nicht den Anspruch, rechtliche oder politische Veränderungen herbeizuführen. Vielmehr versucht die Organisation durch gesellschaftliche und kulturelle Aktivitäten, insbesondere in den Bereichen Bildung, Schüler-, Jugend- und Studentenaustausch, das interkulturelle Miteinander zu fördern.

Liberale Türkisch-Deutsche Vereinigung e.V. (LTD)

LTD e.V.

Im Mainfeld 23 –01/2

60528 Frankfurt am Main

Fax: 069-67734683

www.ltd-ev.de

¹¹¹ Die türkischen Ortsverbände befinden sich in den Städten Alanya, Ankara, Elazığ, Istanbul und Nigde.

¹¹² Vgl. Selbstdarstellung des Hür-Türk „miteinander – füreinander“.

¹¹³ Bis zu seinem Tode war Dr. Hans Stercken der Vorsitzende des Hür-Türk. Den derzeitigen Bundesvorsitzenden stellt der CDU-Bundestags-abgeordnete Thomas Kossendey. Zu den Ehrenmitgliedern des Vereins gehören unter anderem Heiner Geißler und Günther Beckstein.

¹¹⁴ Vgl. Selbstdarstellung.

Die LTD ist 1993 mit dem Anspruch gegründet worden, „die Bereitschaft zur gesellschaftspolitischen Interessenvertretung unter den Bürgern türkischer Herkunft (zu) fördern“ und das „liberale Denken“ zu verbreiten. Sie unterstützt die FDP-Positionen zur Staatsbürgerschaft und Einwanderung und befasst sich nach ihren Angaben mit den Deutsch-Türkischen (Wirtschafts-) Beziehungen und den Bereichen Bildung, Staatsbürgerschafts- und Ausländerrecht. Darüber hinaus möchte sie die FDP im Themenbereich „türkischstämmige Bürger“ informieren und sensibilisieren. In der Wahrnehmung der türkischen Bevölkerung ist sie jedoch nur sehr begrenzt präsent.

4 Linksgerichtete Organisationen

Türkiyeli Göçmen Dernekleri Federasyonu (GDF, Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei e.V.)

GDF Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei e.V.

Lichtstr. 31

40235 Düsseldorf

Tel.: 0211-664284

Fax: 0211-683945

www.gdf.de

Die GDF ist 1988 aus einem Zusammenschluss der orthodox-kommunistischen „Föderation der Arbeitervereine der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V.“ (FIDEF) und der „Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa – Einigkeit für Demokratie“ (DIB-AF) hervorgegangen. Bis 1990 wurde die Vereinigung im Bundesverfassungsschutzbericht, u. a. aufgrund ihrer Verbindungen zur DKP aufgeführt. Der Organisation gehören 26 Mitgliedsvereine und 12 kommunale Arbeitsgruppen an. Daneben hat sie „Beziehungen zu Vereinen und Organisationen in 79 Städten der Bundesrepublik. Die GDF bezeichnet sich als parteipolitisch unabhängig. Zu ihren Aufgaben zählt sie die Forderung nach vollständiger rechtlicher und politischer Gleichstellung aller in Deutschland lebender Migranten und die doppelte Staatsbürgerschaft. Daneben beteiligt sich die Föderation an Aktionen kurdischer Organisationen, die versuchen, über Deutschland Einfluss auf die Entwicklung der „Kurdenfrage“ in der Türkei zu nehmen. So behauptete der Bundesvorsitzende der GDF, Murat Cakir, auf einer Kundgebung

der „Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland“ (Yek-Kom)¹¹⁵, dass die Verbote kurdischer Organisationen in Deutschland „die Situation eskalieren“ ließen und „gewalttätige Auseinandersetzungen geradezu heraufbeschworen“ hatten.¹¹⁶

Zwar kann die GDF als aufnahmelandorientierte Organisation betrachtet werden, da in ihr jedoch die zweite Generation von Türken eindeutig unterrepräsentiert ist, muss ihr Einfluss als sehr begrenzt bewertet werden.

Demokrat İsci Dernekleri Federasyonu (DIDF, Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V.)

DIDF Föderation der Demokratischen Arbeitervereine aus der Türkei in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

Schwalbengasse 42-44

50667 Köln

Tel.: 0221-9255493

Fax: 0221-9255495

www.didf.de

Die DIDF ist 1980 als Dachverband durch einen Zusammenschluss von türkischen und kurdischen Arbeitervereinen in der Bundesrepublik als Gruppe der sogenannten Neuen Linken entstanden. Als solche stand sie der Revolutionären Kommunistischen Partei der Türkei (TDKP) nahe.¹¹⁷ In den achtziger Jahren machte die Föderation aufgrund ihrer Propaganda gegen den „BRD- bzw. US-Imperialismus“¹¹⁸ von sich reden. Heute versucht sie sich in der Öffentlichkeit als demokratische, überparteiliche und unabhängige Organisation darzustellen. Sie verfügt über gute Kontakte u. a. zur PDS. So tauchen Vertreter beider Organisationen des öfteren als gemeinsame Unterzeichner von Verlautbarungen und

¹¹⁵ Anlässlich des Jahrestages des türkischen Ultimatums zur Auslieferung des PKK-Führers Öcalan an Syrien im Oktober 1999 in Frankfurt/Main.

¹¹⁶ Vgl. Frankfurter Rundschau, 11.10.1999.

¹¹⁷ Obwohl vom Verfassungsschutzbericht des Bundes nicht mehr erwähnt, führten sie noch gegen Ende der neunziger Jahre einige Landesbehörden weiterhin als extremistische bzw. extremistisch beeinflusste Organisation auf. Der Verfassungsschutz des Landes Sachsen-Anhalt bezeichnete die DIDF noch 1996 gar als Basisorganisation der TDKP, vgl. Verfassungsschutzbericht Sachsen-Anhalt 1996, S. 72, Baden-Württemberg 1998. Heute soll die DIDF der sozialistischen Emek Partisi (Partei der Arbeit) der Türkei nahe stehen.

¹¹⁸ Vgl. u.a. Verfassungsschutzberichte NRW 1980-1986.

Stellungnahmen auf oder arbeiten in „basisbezogenen Bündnissen und Initiativen“¹¹⁹ zusammen.

Nach eigenen Angaben unterhält die DIDF Mitgliedsvereine in über 35 Städten, vornehmlich des alten Bundesgebiets¹²⁰, mit ca. 800 bis 1.000 Mitgliedern.

Zentrale Forderungen der DIDF sind u. a. die rechtliche, soziale und politische Gleichstellung aller Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in Deutschland haben, „Arbeitsplätze ... für alle“, die Beendigung der „Abschiebe- und Zwangspolitik gegen Flüchtlinge“ und das „Verbot neo-faschistischer Organisationen“.¹²¹

Im Zentrum ihrer Agitation steht vor allem der türkische Staat, dem nationalistische, fundamentalistische und faschistische Hetzpropaganda vorgeworfen wird. Ziel desselben sei es, das gleichberechtigte und friedliche Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Nationalitäten in Deutschland zu verhindern. Gleiches wirft die Organisation pauschal allen religiös engagierten und politisch rechts von ihr angesiedelten Organisationen vor.

Neben diversen kulturellen und politischen Informationsveranstaltungen tritt die DIDF auch durch ihre Publikationen „Tatsachen“ und „Junge Stimme“ in Erscheinung.

5 Bundesweite Interessenvertretungen

Die Zielsetzungen, Arbeitsbereiche und Aktivitäten der Organisationen werden – wie bereits erwähnt – neben der politischen und sozialen Entwicklung in der Türkei auch von der Situation in der Bundesrepublik Deutschland bestimmt. Dementsprechend beeinflussen migrationspezifische Bedürfnisse und Forderungen die Organisationsstrukturen. Bis in die neunziger Jahre waren die türkischen Migranten nicht fähig, eine gemeinsame nationale Dachorganisation zu gründen, die als Ansprechpartner der türkischen Bevölkerung in der Bundesrepublik gelten könnte. Analog zur Zersplitterung im Bereich der parteipolitischen bzw. ideologischen Organisierung existieren auch in Deutschland unterschiedliche Vereinigungen, die miteinander konkurrieren. Dies ist zurückzuführen zum einen auf personelle Faktoren, zum anderen auf politische Differenzen, die ihren Ursprung im Herkunftsland Türkei haben. Seit Anfang der neunziger Jahre wurden jedoch Dachorganisationen gegründet mit dem An

¹¹⁹ Vgl. Selbstdarstellung, www.didf.de.

¹²⁰ Vgl. ebd.

¹²¹ Vgl. ebd.

spruch, mit offiziellen deutschen Stellen effektiv im Interesse der türkischen Migranten zu verhandeln.

Rat der Türkeistämmigen Bürger (RTS)

RTS Rat der Türkeistämmigen Bürger
Friedrichstr. 13
35392 Gießen
Tel.: 0641-966116-0
Fax: 0641-966116-29

1993 wurde der „Rat der Türkeistämmigen Bürger“¹²² (RTS) als lose Vereinigung von 17 türkischen und deutsch-türkischen Mitgliedsverbänden mit ca. 2.000 Vereinen unterschiedlicher Orientierung ins Leben gerufen. Die RTS definiert ihr Ziel als „die Wahrung aller Belange der türkischen Staatsbürger in Deutschland und die Unterstützung und Koordinierung von Bemühungen verschiedener Vereine und Verbände“ mit einer langfristigen Wirkung gemeinsamer Willensbildung. Allgemeine politische Forderungen der RTS sind z. B. doppelte Staatsbürgerschaft, Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit, Schutz vor Übergriffen sowie die Verbesserung der Situation türkischer Migranten und ihrer Nachkommen im sozialen, gesundheitlichen und im Bildungsbereich.¹²³ Der RTS ist an herkunftslandbezogenen Aktivitäten nicht interessiert.

Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD)

TGD Türkische Gemeinde in Deutschland
Hospitalstr. 111, Haus 7
22767 Hamburg
Tel.: 040-38610804
Fax: 040-38610595
www.tgd.de

1995 erfolgte die Gründung der „Türkischen Gemeinde in Deutschland“ (TGD), in der 13 Dachorganisationen – acht Landesverbände und fünf Berufs- und Fachverbände – mit über 150 Vereinen zu einem Spitzenverband zusammenge-

¹²² Ursprünglich hieß die Organisation „Rat der Türkischen Staatsbürger in Deutschland“. Aufgrund der steigenden Zahl der Einbürgerungen wurde sie 1999 umbenannt.

¹²³ Vgl. RTS, Eigendarstellung 1999.

geschlossen sind. Die entsprechend der föderalen Struktur der Bundesrepublik organisierte TGD versteht sich als parteipolitisch unabhängige Interessenvertretung der in Deutschland lebenden Türken. Im Arbeitsprogramm werden rechtliche Gleichstellung und Gleichbehandlung, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit sowie soziale, wirtschaftliche und kulturelle Bedürfnisse als vorrangige Tätigkeitsfelder genannt.¹²⁴ Im Vergleich zu RTS tritt die TGD aber auch oftmals als Verfechter der Interessen der Türkei auf, wenn es um die deutsch-türkischen oder europäisch-türkischen Beziehungen geht. Die Organisation hat einen speziellen Ausschuss für den partnerschaftlichen Dialog zwischen Deutschland und der Türkei gegründet. In ihrer Satzung hat die TGD festgelegt: „Auseinandersetzungen über türkei- und weltpolitische Probleme gehören nicht zum Aufgabengebiet. Die Türkische Gemeinde kann zu Ereignissen und Entwicklungen in der Türkei Stellung beziehen, wenn diese die Lage der türkischen Minderheit in Deutschland beeinflussen oder gar beeinträchtigen“.¹²⁵

Die neuen Organisationsformen, die in der RTS und TGD ihren Ausdruck finden, sind der Versuch, eine bundesweite Interessenvertretung der türkischen Migranten zu schaffen, in deren Rahmen verschiedene Aspekte der kulturellen, rechtlichen und politischen Bedürfnisse artikuliert werden sollen. Durch Bündelung der verschiedenen Interessenvertretungen von Türken in Deutschland wird eine gemeinsame politische Willensbildung angestrebt. In der politischen Praxis erweist sich die TGD allerdings öffentlich wirkungsvoller als RTS. Während sich die RTS vornehmlich auf Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern konzentriert, ist die TGD auch in der Lage, durch Verlautbarungen und politische Forderungen öffentlichen Druck auszuüben.

Die Frage ist, inwieweit sich diese Organisationen als mächtige Interessengruppen auf nationaler Ebene profilieren. Die Zusammensetzung der Dachorganisationen aus Verbänden der unterschiedlichsten politischen Lager wirkt sich hinderlich aus, wenn es um die Formulierung gemeinsamer bzw. einheitlicher Positionen geht. Aufgrund dieses Sachverhaltes erscheint die Kohärenz dieser Organisationen im Sinne der Vereinheitlichung der politischen Forderungen derzeit nicht sehr hoch. Da sich die Organisationen nicht in die Politik und Aktivitäten ihrer Mitgliedsverbände einmischen, können sie meist nur auf dem kleinsten Nenner der gemeinsamen Interessen agieren.

¹²⁴ Vgl. die Eigendarstellung, tgd-Leitfaden/Elkitabı, Hamburg 1996.

¹²⁵ Vgl. TGD-Satzung §3 Grundprinzipien, Abs. 3.

6 Muslimische Spitzenverbände

Neben den genannten Dachorganisationen haben sich mit dem Zentralrat der Muslime in Deutschland und dem Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland zwei muslimische Spitzenorganisationen in Deutschland herausgebildet und etabliert.

Bei diesen beiden Spitzenverbänden handelt es sich nicht um spezifisch türkische Organisationen. Da jedoch in beiden Organisationen türkische religiös-politische Organisationen stark vertreten sind und sich an ihrer Arbeit unter Umständen maßgebend beteiligen, erscheint ihre Erwähnung in diesem Zusammenhang als zweckmäßig.

Zentralrat der Muslime in Deutschland e.V.

Zentralrat der Muslime in Deutschland
Postfach 12 24
52232 Eschweiler
Tel.: 02043-702075
Fax: 02403-702076
www.islam.de

Der Zentralrat der Muslime in Deutschland (ZMD) ist 1994 aus dem „Islamischen Arbeitskreis Deutschland“ entstanden.

Als Spitzenverband islamischer Dachorganisationen vereinigt er in sich Gruppen unterschiedlicher Ausrichtung und Nationalität.

Der Zentralrat versteht sich als Diskussions- und Handlungsforum seiner Mitglieder, dessen Ziel es ist, die Interessen und Rechte seiner Mitglieder zu vertreten und dem deutschen Staat bzw. der deutschen Gesellschaft als Dialog- und Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.¹²⁶ Der Verband wendet sich entschieden gegen Abgrenzung und Ausgrenzung. Er will vielmehr den „interreligiösen Dialog pflegen und sich für eine konstruktive Kooperation zum Wohle der islamischen Gemeinschaft und der ganzen Gesellschaft“ einsetzen.¹²⁷ In diesem Sinne bemüht sich der ZMD um einen intensiven Kontakt zu jüdischen und christlichen Vertretern in Deutschland und ist ein reger Teilnehmer am interreligiösen Dialog. Im Februar 2002 hat er mit einer „Islamischen Charta“ versucht, die positive Einstellung der hier lebenden Muslime zur deutschen Gesellschaftsordnung und die Bereitschaft zur Integration hervorzuheben. Die Reaktionen auf

¹²⁶ Vgl. Selbstdarstellung, www.islam.de.

¹²⁷ Ebd.

diese Charta waren überwiegend positiv; kritischere Stellungnahmen gab es von kirchlichen Gruppen.¹²⁸

Kernforderungen der Organisation sind zum einen die Anerkennung als „Körperschaft des Öffentlichen Rechts“ und zum anderen „Mehr Respekt für den Islam“.

Trotz der erst genannten Forderungen hat der Zentralrat seinen Anspruch, eine Mehrheitsvertretung der Muslime in Deutschland zu sein, aufgegeben. Ursache hierfür ist der Anfang 2001 erfolgte Austritt des den Verband bis dahin dominierenden VIKZ, welcher den ZMD ca. 22.000 Mitglieder gekostet hat. Die Mitgliederstärke der Spitzenorganisation ist damit auf ca. 10.000 geschrumpft.¹²⁹ Durch den Austritt des VIKZ ist die ATIB stärker in den Mittelpunkt gerückt, die im Übrigen die stellvertretende Vorsitzende stellt.

Neben ATIB gehören dem Zentralrat 18 weitere Mitgliedsorganisationen an.¹³⁰ Darunter werden dem „Islamischen Zentrum München e.V.“ (IZH) Verbindungen mit extremistischen Gruppen in Ägypten und Pakistan nachgesagt.

Der Zentralrat finanziert sich nach eigenen Angaben über Mitgliedsbeiträge und Spenden.¹³¹ Möglicherweise erhält er auch Unterstützung von der Islamischen Weltliga in Saudi-Arabien.¹³²

Ein besonderer Pluspunkt der Spitzenorganisationen ist die Tatsache, dass sie nicht in dem Maße wie die einzelnen Dachorganisationen nationalen Interessen ihrer Mitglieder verpflichtet sind. Diese Feststellung gilt freilich nur so lange

¹²⁸ Durth, K. R., Die Muslime haben die Pflicht, sich zu integrieren, in: Das Parlament, Nr. 10-11, März 2002.

¹²⁹ Hierbei wird deutlich, wie abhängig solche Spitzenverbände von starken Mitgliedsorganisationen sein können.

¹³⁰ Diese sind: Bundesverband für Islamische Tätigkeiten e.V., Deutsche Muslim-Liga Bonn e.V. (DML Bonn), Deutsche Muslim-Liga Hamburg e.V. (DML Hamburg), Haqqani Trust – Verein für neue deutsche Muslime e.V., Haus des Islam e.V. (HDI), Islamische Arbeitsgemeinschaft für Sozial- und Erziehungsberufe e.V. (IASE), Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD), Islamisches Bildungswerk e.V. (IBW), Islamische Gemeinschaft in Hamburg (IGH), Islamische Religionsgemeinschaft Berlin, Islamisches Zentrum Aachen e.V. (IZA), Islamisches Zentrum Hamburg e.V. (IZH), Islamisches Zentrum München (IZM), Muslimische Studentenvereinigung in Deutschland e.V. (MSV), Union der in Europäischen Ländern arbeitenden Muslime e.V. (UELAM), Union der Islamisch Albanischen Zentren in Deutschland e.V. (UIAZD), Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine in Europa e.V. (ATIB), Union Muslimischer Studenten Organisation in Europa e.V. (UMSO), Vereinigung Islamischer Gemeinden der Bosniaken in Deutschland e.V. (VIGB).

¹³¹ Vgl. Selbstdarstellung, ebd.

¹³² Vgl. Spuler-Stegemann, U., Muslime in Deutschland, Freiburg 1998, S. 116.

keine einflussreiche Organisation im Spitzenverband über eine deutliche Mehrheit verfügt.

Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland

Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland
Adenauerallee 13
53111 Bonn
Tel.: 0228-53961-0
Fax: 0228-5396138
www.islamrat.de

Der Islamrat für die Bundesrepublik Deutschland (IR) ging 1986 aus dem 1932 in Berlin gegründeten „Islamischen Weltkongress Zweigstelle Berlin e.V.“ hervor.

Er versteht sich als Brücke zwischen Deutschland und der islamischen Welt.

Der Verband, der sich als Spitzenvertretung der Muslime in Deutschland betrachtet, sieht seinen Aufgabenbereich in der religiösen, sozialen und kulturellen Betreuung seiner Mitglieder. Des Weiteren soll durch den Islamrat die Einheit und Solidarität der muslimischen Bevölkerung gefördert und die deutsche Öffentlichkeit über den Islam aufgeklärt werden.¹³³

Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeit des Spitzenverbandes ist das Eintreten für die „Einführung eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache als ordentliches Lehrfach an den öffentlichen Schulen“.¹³⁴ Ausdrücklich wird ein islamischer Religionsunterricht in deutscher Sprache gefordert, da er sich an alle muslimische Schüler richtet und durch den deutschsprachigen Unterricht die Fähigkeit zum Dialog und zur gesellschaftlichen Orientierung besser gewährleistet ist. In diesem Zusammenhang tritt der IR für eine akademische Ausbildung von islamischen Gelehrten und Religionslehrern in Deutschland ein.

Der Islamrat vereint insgesamt 31 muslimische Organisationen verschiedener Couleur, wie die IGMG und die alevitische Religionsgemeinschaft Ahl-al-Bayt.¹³⁵ Jedoch hat sich Anfang 2002 das lang anhaltende Übergewicht der Milli

¹³³ Vgl. Selbstdarstellung, www.islamrat.de.

¹³⁴ Ebd.

¹³⁵ Bundesverbände: Islamische Gemeinschaft Jama'at un-Nur, Verband Islamischer Kulturzentren, Bund Moslemischer Pfadfinder Deutschlands, Islamische Gemeinschaft Milli Görüs (IGMG), IGMG-Jugendverband, Moslemisches Sozialwerk in Europa, Muslimischer Sozialbund e.V. – CENAZE VAKFI, Dachverband der Türkisch-Islamischen Vereine in Deutschland, Gemeinschaft der Ahl-Al-Bayt

Görüs erneut durch die interne – allerdings umstrittene – Wahl des Milli Görüs-Vertreters Ali Kizilkaya zum Vorsitzenden des Islamrates bestätigt.

Auf der Ebene der Organisationen wird die Bedeutung der Milli Görüs im Islamrat besonders deutlich. Ein großer Teil der 19 Bundesverbände und nahezu alle der 10 selbständigen Landesverbände sind Organisationen der Milli Görüs oder stehen ihr nahe. Die sukzessive Unterwanderung durch die Milli Görüs-Organisation hat zu einem gewissen Renommeeverlust des einstmals angesehenen Islamrates geführt.

7 Kurdische Organisationen

In engem Zusammenhang mit den politischen Gravitationslinien in der Türkei stehen die kurdischen Organisationen, die auf bundesdeutschem Gebiet aktiv sind. An den Organisationsstrukturen zeigt sich besonders deutlich auch die Existenz einer spezifischen kurdischen Migranten – Community in der Bundesrepublik.

Partiya Karkeren Kurdistan (PKK, Arbeiterpartei Kurdistans; Kadek, Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans)

Im Zentrum des kurdischen Spektrums steht die mit 12.000 Mitgliedern weiterhin stärkste Organisation „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK). Dies ist eine straff organisierte und zentralistisch geführte Kaderorganisation, deren marxistisch-leninistische Programmatik mittlerweile durch nationalistisches Gedankengut überlagert wurde.¹³⁶ Die PKK tritt jedoch nicht mehr unter diesem Namen auf.

Vereine in Deutschland, Ahl-al-Bayt Alevitische Religionsgemeinschaft, Verein für neue Deutsche Muslime – Haqqani Trust, Verband der Islamischen Gemeinde der Bosniaken, Union Marokkanischer Imame, Ehsan Hilfsorganisation, Deutsch-Somalischer Verein e.V., Weimar Institut e.V., Deutsch-Afrikanische Transfer-Agency, Ostturkestanischer (Uigurischer) Nationalkongress e.V., Islam-Info e.V.; Selbständige Landesverbände: Islamische Föderation Baden-Württemberg, Islamische Föderation Bayern, Islamische Föderation Berlin, Islamische Föderation Bremen, Islamische Föderation Hessen, Islamische Föderation Niedersachsen, Bündnis der Islamischen Gemeinden in Norddeutschland e.V., Islamrat für Bayern, Islamrat für Rheinland-Pfalz, Islamisch-Pädagogisches Institut; Regionale und lokale Vereinigungen: Gesamtverband der türkischen Gemeinden und Vereine in Düsseldorf e.V., Islamisches Informations- Kulturzentrum e.V., vgl. Selbstdarstellung, ebd.

¹³⁶ Vgl. Verfassungsschutzbericht NRW 2000, S. 217.

Seit April 2002 hat sie sich in Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistan (Kadek) umbenannt. In Deutschland hat sie außerdem ein vielfältiges und verwirrendes Netzwerk von Teil-, Neben- und Sympathisantenorganisationen aufgebaut. Das gesamte PKK-Netzwerk, dem das BMI insgesamt 35 Teilorganisationen zurechnet, wurde am 26.11.1993 wegen Gefährdung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik verboten. Das PKK-Verbot führte zu einem Anstieg der Zahl an Aktivisten und Sympathisanten unter den Kurden und zu Gründungen von Nachfolgeorganisationen unter neuem Namen. Die PKK ist damit in ihren inneren Strukturen im Wesentlichen erhalten geblieben und kaum geschwächt. Nachdem der 1999 festgenommene Führer der PKK, Abdullah Öcalan, aus der türkischen Haft heraus den bewaffneten Kampf in der Türkei für beendet erklärt hat, beschloss „die PKK-Führung im Januar 2000 in einer grundlegenden Neuausrichtung der Partei, dass zur Durchsetzung der Ziele keine Gewalt mehr eingesetzt werden“¹³⁷ solle. Seitdem versucht sich die Organisation in der Öffentlichkeit durch demonstrative sogenannte „Friedensinitiativen“ als demokratische und legitime Vertretung der Kurden darzustellen. Dies hat allerdings nicht verhindern können, dass die Organisation im Februar 2001 auch in Großbritannien verboten wurde und im Mai 2002 von der Europäischen Union als terroristische Organisation eingestuft wurde. Aus diesem Grund werden Deutschland und Großbritannien von Seiten der PKK der Vorreiterschaft einer Verleumdungs- und Vernichtungspolitik gegen das kurdische Volk bezichtigt. Trotz der Friedensinitiative sieht der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz besonders unter den jugendlichen PKK-Anhängern „ein weiterhin zu beachtendes Gewaltpotential“.¹³⁸ Die jüngste Wende der Türkei in der Kurdenpolitik dürfte die Gewaltbereitschaft der PKK-Anhänger aber weiter senken.

Alle Teil- bzw. Nachfolgeorganisationen sind in ihren Aktivitäten fast ausschließlich herkunftslandorientiert. Eine Ausnahme bildet die „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM)“, die u. a. durch öffentliche Zuschüsse finanziert wird. Die YEK-KOM, die sich ausdrücklich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekennt, betont, nicht für die PKK, sondern für alle in ihr organisierten Kurdinnen und Kurden zu sprechen. In diesem Sinne nimmt sie sich der Belange und Probleme von kurdischen Arbeitsmigranten und Flüchtlingen an und engagiert sich gemeinsam mit anderen kurdischen Vereinigungen für die Anerkennung der Kurden als eigenständige

¹³⁷ Verfassungsschutzbericht NRW – Zwischenbericht 2001, S. 40.

¹³⁸ Ebd., S. 42.

Volksgruppe in Deutschland.¹³⁹ Zu ihren zentralen Forderungen gehört die Aufhebung des PKK-Verbots, die Anerkennung der Kurdinnen und Kurden als eigenständige Migrantengruppe und der Abschiebestop für kurdische Flüchtlinge.

Yekitiya Komelen Kurdistan (KOMKAR, Föderation der (Arbeiter-) Vereine aus Kurdistan in der BRD e.V.)

KOMKAR Föderation der (Arbeiter-) Vereine aus Kurdistan in der BRD e.V.

Bunsenstr. 7

51145 Köln

Tel.: 02203-935170

Fax: 02203-931126

www.komkar.org

Die „Föderation der (Arbeiter-) Vereine aus Kurdistan in der BRD e.V. (KOMKAR)“ ist 1979 als Dachverband aus einem Zusammenschluss von acht kurdischen Arbeitervereinen hervorgegangen. Es bestehen heute etwa 35 Ortsvereine, Komitees und Initiativen mit jeweils 30 bis 200 Mitgliedern.¹⁴⁰ KOMKAR versteht sich als überparteiliche, gewaltfreie und religiös tolerante Immigrantenvereinigung, die der kurdischen Bevölkerung in Deutschland eine gesellschaftliche, soziale und politische Alternative bieten möchte. In ihren türkeibezogenen Aktivitäten arbeitet sie mit der jeweils bestehenden pro-kurdischen Partei¹⁴¹ und fordert die Gewährung kultureller Autonomie sowie die Institutionalisierung föderaler politischer Strukturen in der Türkei¹⁴², während die Separation als eine offenzuhaltende Lösungsmöglichkeit des Konflikts angesehen wird.

Die KOMKAR ist strikt anti-kemalistisch und polemisiert gegen die Person Atatürks als Feind des kurdischen Volkes. In diesem Sinne wird türkischen Organisationen in Deutschland, die sich positiv zur Person Atatürks beziehen, wie der AADD oder die HDF, nationalistische Propaganda vorgeworfen.¹⁴³ Gleichzeitig werden sowohl die Bundesrepublik als auch die EU für die Menschenrechts

¹³⁹ Vgl. die Eigendarstellung der YEK-KOM, in: Medico International/YEK-KOM (Hrsg.), Der Sturz nach oben. Kurden in Deutschland, Frankfurt/M. 1995, S. 9f.

¹⁴⁰ Genauere Angaben waren nicht zu ermitteln.

¹⁴¹ Zur Zeit ist dies die „Partei für Demokratie und Frieden“ (DBP – Demokrasi ve Baris Partisi).

¹⁴² Vgl. Selbstdarstellung, www.komkar.org.

¹⁴³ Vgl. Presseerklärung, www.komkar.org.

problematik in der Türkei verantwortlich gemacht, da diese in dieser Beziehung nicht ausreichend Druck ausübten.

In ihrer Migrantpolitik begreift sich die KOMKAR als Interessenvertretung der Kurden. Zentrale Forderungen sind, neben der Anerkennung der Kurden als eigenständige Volksgruppe mit allen davon abzuleitenden Rechten, die Einführung der Mehrstaatlichkeit, das allgemeine Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Menschen und der Erlass eines Einwanderungs- und Antidiskriminierungsgesetzes. Gegenüber der in ihr organisierten kurdischen Bevölkerung tritt sie für die Integration in die deutsche Mehrheitsgesellschaft ein.

Neben kulturellen Veranstaltungen führt die Föderation Deutschkurse, Seminare und Informationsveranstaltungen zu politischen und gesellschaftlichen Themen durch. Darüber hinaus klärt sie ihre Mitglieder über soziale und politische Partizipationsmöglichkeiten in der Bundesrepublik auf. Die Organisation hat 1998 einen Zusammenschluss kurdischer Vereinigungen in Europa unter dem Dach der neuen „Föderation kurdischer Organisationen in Europa“ initiiert, in die Dachorganisationen aus neun europäischen Staaten integriert sind.

Der Autor

Sevket Küçüküseyin, geb. 1972, hat Politikwissenschaft, Islamwissenschaft und Vergleichende Religionswissenschaft studiert. Derzeit ist er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Büro von Hans-Martin Schlebusch, Abgeordneter im Landtag von Nordrhein-Westfalen, tätig.

Anhang

Publikationen im Projekt Ausländerintegration und Zuwanderung

Arbeitspapiere

- *Integration und muttersprachlicher Unterricht: die Erfahrungen in Kalifornien* (Oktober 2000)
- *Integrations- und Zuwanderungskonzepte – Synopse der Positionen* (Nr. 39, September 2001)*
- *Türken in Deutschland – Einstellungen zu Staat und Gesellschaft* (Nr. 53, Dezember 2001)*
- *Türken in Deutschland II – Individuelle Perspektiven und Problemlagen* (Nr. 60, Februar 2002)*

Dokumentationen

- *Leitkultur – eine Grundsatzdebatte* (November 2000; aktualisiert Januar 2001)
- *Zuwanderung und Integration: Daten und Fakten* (April 2001)
- *Zuwanderung und Integration: Stellungnahmen der wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen* (Parteien, Arbeitgeber, Gewerkschaften, Kirchen) (März 2001)

Broschürenreihe „Zukunftsforum Politik“:

- *Integration von Ausländern: Beispiele vor Ort* (Heft 22, Februar 2001)*
- *Zuwanderung und Integration* (mit Aufsätzen von Wolfgang Bosbach, Peter Müller und Dieter Oberndörfer) (Heft 23, März 2001)*

Bestellungen bitte an:

Gabriele Klesz

Tel.: 02241/246-253

Fax: 02241/246-694

* Diese Studien können Sie auf unserer Website herunterladen:
www.kas.de/publikationen/2002/779_dokument.html

E-Mail: gabriele.klesz@kas.de